

Kamener Zeitung

Vollstrecker für Kamen und Umgebung verbunden mit der
Märkischen Zeitung.

20 000 Mk. Unfall-Unterstützung entsprechend den Bedingungen.

Ersteinstägig.
Monatlicher Bezugspreis 6500 Mk., durch die Post laut Zeitungspreislifte. Falls mit in der Ausgabe od. Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der Bezugsnehmer Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Für die Redaktion verantwortlich: Dr. Schödt, Kamen.

Nr. 136

Donnerstag, den 14. Juni 1923

51. Jahrgang.

Westfalen und Rheinland.

Kamen, 14. Juni. (Verschiedenes.) Der Reichsarbeitsminister hat eine Verordnung erlassen, in der die Höchstdauer der Erwerbslosenunterstützung infolge der Verschlechterung des Arbeitsmarktes für verschiedene Berufsgruppen eingeschränkt worden ist. Während im allgemeinen die Höchstdauer der Fürsorge grundsätzlich 26 Wochen beträgt, ist sie für verschiedene Berufsgruppen auf 18 Wochen festgesetzt worden.

Der Dollar nach der amtlichen Notierung vom Mittwoch = 98 503-98 997, das englische Pfund = 453 568-456 138, der holländische Gulden = 38 553-38 747, der schweizerische Franc = 17 605-17 644 Mark.

Die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse.

Im Juni 1918 übernahm die Firma D. & W. in Düsseldorf für die Firma B. & C. in Mettmann die Ausführung eines Auftrags im Wert von 335 000 Mark. Nach dem Auftragsantrag sollten nachweisliche Lohnsteigerungen und Preissteigerungen eine Erhöhung der Preise des Auftrags zur Folge haben. Hierfür war die Bestellerin jedoch nicht eingegangen, vielmehr erklärte sich die Firma D. & W. damit einverstanden, daß irgendwelche Nachforderungen ausgeschlossen sein sollten. Mit der im Oktober 1919 eingereichten Klage fordert die Klägerin 204 000 Mark als Erhöhung des vereinbarten Werklohn mit Rücksicht auf die seit dem Vertragsabschluss erfolgte Veränderung der wirtschaftlichen Verhältnisse. Ihre Ansprüche wurden vom Landgericht Düsseldorf und Oberlandesgericht Düsseldorf zum Teil als begründet anerkannt. Auf die beim Reichsgericht eingeleitete Revision der Beklagten ist die Klägerin mit ihrem Anspruch auf Erhöhung des Werklohn vollständig abgewiesen worden. Aus folgenden rechtserklärenden Entscheidungen: Durch die Umwälzung der Verhältnisse, es sollten Nachforderungen nicht stattfinden, ist das Recht der Klägerin, unter Berufung auf die durch den Ausgang des Krieges und die Revolution herbeigeführte Veränderung der wirtschaftlichen Verhältnisse vom Vertrag zurückzutreten, nicht ausgeschlossen worden. Ihren Rücktritt hat sie indessen nicht erklärt, sondern sich unter Fortführung der Bauarbeiten darauf beschränkt, Erhöhung der ausstehenden Zahlungen zu fordern, die die Beklagte stets rüchweg abgelehnt hat. Bei dieser Sachlage ist eine rechtliche Grundlage für den Anspruch der Klägerin auf Erhöhung der vertraglich festgelegten Vergütung für ihre Leistungen nicht ersichtlich.

(1-Mark-Schein als Altpapier.) Eine Papiermarkt (Einmark-Schein) ist ein Stück Papier, das unbedruckt 3 Mark kostet, ist aber mit einem siebenfarbigen Druck und mit einer Abbildung zu einem Einmark-Schein umgewandelt, dann verringert sich der Wert auf eine Papiermark; verkauft man es als Altpapier, dann erhält man dafür mehr, als der Schein Kaufkraft besitzt. Wer es nicht glaubt, rechne nach: 2000 Einmark-Scheine wiegen ein Kilo; ein Kilo holzfreies Papier kostet 6000 Mark, mithin ein Gramm 6 Mk. Für 1 Kilo nach Qualitätskriterien sortiertes Altpapier ergibt es je nach Menge die Hälfte (für Zeitungspapier bis zu zwei Dritteln) des Neuwertes. Rechnet man die Herstellung eines Geldscheines dazu, die noch den Papierpreis weit übersteigt, dann kommt man zu dem Ergebnis, daß der Einmark-Schein mindestens 10 Mark herzustellen kostet. Daraus folgt sich weiter, daß in der heutigen Zeit Scheine bis zu 10 Mark, vielleicht auch der Zwanzigmark-Schein, nicht einmal die Herstellungskosten decken.

Kamm, 13. Juni. (Der Kreisbericht.) Dem Jahresbericht über den Stand und die Verwaltung der Kreisverwaltung für das Jahr 1922 ist zu entnehmen, daß der Kreisausschuß in 13 Sitzungen 395 Sachen erledigte. Der Kreistag war zweimal zusammen und beschäftigte sich, abgesehen von Haushaltsplänen, u. a. mit der Einführung einer Jagdsteuer, dem Verkauf des Kinderheims auf Jülich und der Gründung einer Straßenbauengesellschaft. Bei der Viehzählung wurde ein Rückgang von etwa 12 Prozent festgestellt. Die Kreisstraßen haben mächtig gestiegen, verkehren doch täglich 700-800 schwere Fahrzeuge auf den Straßen. Die entstandenen Schäden erfordern Millionenbeträge, die das Reich unbedingt zur Verfügung stellen muß, wenn die Kreisstraßen einigermaßen wieder instand gesetzt werden sollen. Das Kreiswohlfahrtsamt veranfaltete 4 Lehrgänge zur Aus- und Fortbildung von Jugendhelfern und Jugendpflegern. Die Ausbildung erstreckte sich in der Hauptsache auf Volkstänze, Bewegungsspiele und Handfertigkeit. An diesen Lehrgängen nahmen insgesamt 190 Personen teil. Rund 10 Millionen Mark wurden an Unterstü-

gezahlt und für Kriegssopfer 130 354 000 Mark ausgegeben. Die Aufwendungen für Sozial- und Kleinrentner betrugen rund 100 Millionen Mark. Die am 18. Januar 1922 ins Leben getretene Kreisparität hatte einen Gesamtumfang von 1 892 700 000 Mark.

Dortmund, 13. Juni. (Schwerer Einbruchsdiebstahl.) Am vergangenen Sonntag, nachmittags zwischen 4 und 5 Uhr, wurde in einer Wohnung in der Dresdenerstraße eingebrochen und Sachen im Werte von mehreren Millionen Mark gestohlen, u. a. ein photographischer Apparat, viele Silbergegenstände, goldene Damenuhr und Kette, viele Handtücher, Bettwäsche, gezeichnet mit A. D. oder C. H. und ein Handtuch von braunem, genarbtet Minderleber, in dem die Sachen fortgeschleppt wurden.

Münster, 12. Juni. (Entkommen eines Putschführers.) Vor einigen Tagen ist es dem verhafteten Kommunistenführer Heinz Neumann gelungen, aus dem Gefängnis, wo er bis zu seiner Ueberführung nach Berlin untergebracht werden sollte, zu entfliehen. Neumann, der offiziell zur Redaktion der „Roten Fahne“ gehört, der jedoch in den letzten Monaten in Deutschland eine sehr umfangreiche propagandistische Tätigkeit für die Sowjet-Regierung entfaltet hat, wandte sich nach dem Ueberfall auf die italienischen Kaufleute im Künstlerhaus nach Sachsen und ging von dort aus ins Ruhrgebiet. Wie festgestellt, hat Neumann dort ebenfalls eine sehr rege Tätigkeit entwickelt und in vielen Versammlungen unter falschem Namen zu den letzten großen Streiks aufgerufen. Bezeichnenderweise war Neumann, der erst vor einigen Monaten aus Moskau zurückgekommen ist, auch in Berlin in ständiger Fühlung mit der Berliner Sowjet-Vertretung. Neumann hat sich nach wie vor in der Stadt aufhalten und es war vor seiner Flucht nach Rußland ein Steckbrief gegen ihn erlassen worden. Im Gefängnis zu Münster scheint der Entflohenen Freunde gehabt zu haben, die ihm beim Entweichen behilflich waren. Ueber die näheren Umstände seiner Flucht ist noch nichts bekannt.

Güterlosh, 12. Juni. (Die Schupo beschlagnahmt.) Hier haben Spitzbuben in einer der letzten Nächte ihre Verwegenheit soweit getrieben, daß sie die Schupo-Beamten bestahlen. Sie drangen in einen Raum im Lehrerseminar, der den Beamten für Unterbringung und Aufbewahrung ihrer Kleidungsstücke zur Verfügung gestellt war, ein und wählten sich aus dem reichen Fundus 26 Paar Stiefel, Unterzeuge, Leibwäsche und andere praktische Dinge mehr aus. Die beschlagnahmten Schupo-Leute zogen am Abend des nächsten Tages einen Karren um die Stadt in der Hoffnung, die Diebe beim Ausmarsch aus der Stadt mit ihrer Beute abzuholen. Die Vagabunden gingen zwar nicht ins Garn, dafür aber geriet die Schupo auf der oberen Berliner Straße mit Güterlosher Bürgern aneinander. Die Beamten machten dabei von ihrer Schupo-Waffe Gebrauch und verletzten einen Spinnereimelter durch einen Beinschuß. Der eigentliche Grund des Zwischenfalles ist nicht aufgeklärt.

Böckum, 13. Juni. Die Ermordung des Reservisten Trainers. Unter dem dringenden Verdacht, den tödlichen Schuß auf den Gerichtsreferendar Trainer aus Wattenfeld bei den Unruhen in Böckum abgegeben zu haben, ist in Böckum auf seiner Arbeitsstätte ein Peter Schmitz aus Hörde verhaftet worden. Am Morgen nach der Tat meldete eine Frau der Kriminalpolizei, daß Schmitz geküßert habe: „Er ist abgestreift.“ Schmitz ist auch im Besitz des Mantels, des Stöckes und der Mappe des Getöteten gewesen. Bei der Frau hatte er zwei Revolver zurückgelassen. Trainers Kleidung wurde, als er am Bahnhof Guffstahl die elektrische Bahn bestiegen wollte, von mehreren Personen nach Waffen durchsucht. Kurz darauf fiel ein Schuß und Trainer stürzte tot auf die Plattform des Wagens. Die ärztlichen Feststellungen haben ergeben, daß die Kugel rücklings von rechts nach links durch den Körper drang, in der Brust stecken blieb und eine große Wunde verursachte, in der Stoffen gefunden wurden. An roher Wunde wurde die Leiche beraubt. Spontankind findet die Mutter, durch die in freudvoller Welle ein blühendes Menschenleben vernichtet wurde, ihre vollständige Aufklärung und Sühne.

Vinden, 13. Juni. Eine unglaubliche Geschichte. erzählt die „Hattinger Zeitung“. Durch ein seit Monaten beobachtetes unheimliches Geräusch in der Abortgrube der Döckerschule Vinden wurden viele Personen in Angst und Schrecken versetzt, die während dieser Zeit die Abortgrube benutzten. Die Schuldienerei hatte sich schon lange bemerkt, die Ursache dieses unheimlichen Geräusches zu ergründen, aber vergeblich. Am Mittwoch hatte man sogar Licht in der Grube gesehen. Am Samstag Abend gegen 9 Uhr

ging es in der Abortgrube besonders geräuschvoll zu, doch auch alle hinzugerufenen Bekannten und Nachbarn konnten keine Erklärung finden. Allgemein war man der Ansicht, daß sich hier in der Abortgrube ein Lebewesen befinden müsse, von dem das Geräusch verursacht werde. Die Schuldienerei begab sich daher zu dem in der Nähe wohnenden Polizeibetriebsassistenten Fräulein, um diesen in Kenntnis zu setzen. Der Beamte kam sofort und leuchtete mit seiner Taschenlampe die Grube ab, aber es war wieder nichts zu finden, nur vom letzten Abort aus sah er ein Paar Stiefel. Kurz entschlossen rief der Beamte mit einer Brechstange in dem mittleren Abort den Fußboden auf und zu aller nicht geringer Schrecken zeigte sich bald, daß sich in der Abortgrube eine männliche Person befand. Auf die energische Anforderung des Beamten erklärte sich der Mann bereit, auf dem Wege herauszukommen, auf dem er fortgesetzt hineingefallen war. Aus der letzten Abortgrube kletterte der Mann zunächst seine Mähe, dann folgte der Kopf und das Hemd. Schließlich zwangte sich der Mann selbst durch die Abortbrille und entstieg entsetzt duftend seinem appetitlosen Aufenthaltsort, angetan mit langen Wasserstiefeln. Seine Ausweispapiere, die er bei sich trug, lauteten auf Fabrikarbeiter Anton Bremer aus Weltmar. Er gab zu, schon längere Zeit in der Abortgrube abzuwecheln mit noch einem Freund geholt zu haben. Er hatte Breiter in die Abortgrube geschickt, um unter dem Fußboden gebüht sitzen zu können. Aus einer Abortbrille ist ein Stuhl hoch geholt und unter einem Balken war etwas Erdreich entfernt, um etwas Luftzuführung oder Ventilation in der duffenden Stätte zu haben. Ein Emailtopf, ein kleiner Eimer und ein Behälter wurden auf den Brettern gefunden. Der ständige Sonderling wurde, nachdem er einige Augenblicke gerechnet war, dem Polizeibeamten zugewiesen. Näheres mag die sofort eingeleitete Untersuchung ergeben. Ungeheuer handelt es sich um einen Fall, anormal veranlagten Menschen. Schon vor 3 Wochen ist er auf einem der stets verschloßen gehaltenen 5 Aborte angekommen worden. Damals hat er angegeben, er sei arbeitslos und habe auf dem Abort übernachtet wollen. Daran aber, daß dieser Mann seine Wohnstätte in der Abortgrube aufgeschlagen haben konnte, hat selbstverständlich niemand gedacht.

Gerne, 13. Juni. (Ein trauriger Vorfall.) Auf der Poststraße entstand zwischen einigen jungen Leuten und mehreren französischen Soldaten ein Wortwechsel, dessen Ursache einige in der Poststraße wohnende Mädchen waren. Die Witwe des vor kurzer Zeit gestorbenen Fensterputzers Klein, Mutter von 8 Kindern, deren Sohn sich bei der Gruppe befand, eilte hinzu, um ihren Jungen zu veranlassen, nach Hause zu kommen. Hierbei ergießt sie vor einem Soldaten einen, herabstürzenden Schuß vor die Brust, daß sie zusammenbrach. Am nächsten Morgen ist die bedauernswerte Frau dann gestorben.

Essen, 13. Juni. Eine Mordtat ist in Altesessen entdeckt worden. Fußgänger fanden an der sog. Kalkmöhre zerstückte Leichenteile eines von einer Ma nes in zwei verschulerten Paketen im Grabe vor. Die Kriminalpolizei öffnete die Pakete und machte die grauenhafte Entdeckung, daß die Pakete einen Mordopfer ohne die inneren Organe und einen vom Mordopfer abgeschnittenen Oberarm enthielten. Der Kopf war vom Mordopfer abgetrennt und steckte in den Paketen. Der größte Fund wurde beschlagnahmt und die Kriminalpolizei hat unverzüglich eilfrige Nachforschungen eingeleitet, um das furchtbare Verbrechen aufzuklären. Ohne Zweifel handelt es sich hier um ein Verbrechen. Ueber die Persönlichkeit des Ermordeten ist zur Stunde nichts bekannt. Nach dem mit haren stark überzogenen Mordopfer zu urteilen, scheint es sich um die Leiche eines Mannes von mittlerer Größe und kräftiger Statur zu handeln, auf dessen Alter einwachen keine bestimmten Schlüsse gezogen werden können. Die Bestimmung der Leiche ist künftgerecht und sachmännisch vorgenommen worden. Der Mord muß allem Anschein nach in der Nacht zum Montag ausgeführt worden sein.

Reichstag.

Auf der Tagesordnung vom Montag stand die zweite Lesung des Reichsnatpfafts-gesetzes. Arbeitsminister Dr. Brauns: Der Entwurf überträgt allgemein die Kranken-, Invaliden- und Angehörtenversicherung im Vergleich dem Reichsnatpfaftsverein. Nur die Unfallversicherung bleibt besonders bestehen. Die gefährliche Arbeit des Bergmannes ist eine Hauptstütze unserer Volkswirtschaft. Daher ist der Anspruch des Bergmannes auf ausreichende Fürsorge berechtigt. In dem Knappheitsverein finden wir die älteste Berufsfürsorge unter gegenwärtiger Hilfe der Arbeitnehmer bei Krankheiten und Sterbefällen. Diese Art der Versicherung hatte aber auch große Mängel. Mehr als 100 einzelne Knappheitsvereine teilen sich z. B. in diese Aufgabe. Die vielen kleinen

Bereine enthalten eine Gefahr für die Sicherung der Knappheitsleistungen und auch für die Freizügigkeit der Arbeiter, da die Knappheitsvereine beim Wechsel der Arbeitsstätte verloren gehen. Lebhaft geklagt wurde auch über die häufige Veränderung der Satzungen, der Voten und Leistungen. Hierin soll das Reichsnatpfafts-gesetz eine Veränderung schaffen. Der Entwurf enthält das Arbeiterfürsorgerecht als einen Auschnitt aus dem allgemeinen Bergrecht. Die neue Fassung des Entwurfes beruht auf einer Verständigung der Parteien im Reichsnatpfaatsausschuß des Reichstages. Bei der Durchführung der Versicherung haben die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer das Recht maßgebender Mitwirkung. Die Wahlen erfolgen nach den Grundsätzen der Verhältniswahlen. Die Geschäftsführer des Reichsnatpfaatsvereins und die Bezirksknappheitsvereine wirken als Vertrauensmänner mit. - Abg. Janisch (Soz.): Die Bergarbeiter haben ihre Versicherung aus eigenen Kräften geschaffen. In den Ausschlußbeschlüssen vermischen wir eine obligatorische Vorschrift darüber, daß in jedem Bezirk eine besondere Krankenkasse bestehen muß. Wer zur Grubenarbeit zugelassen ist, hat nunmehr unter allen Umständen ein Recht, in die Krankenkasse aufgenommen zu werden. Der Ausschlußbeschlüsse, wonach der Pensionsanspruch nach 25jähriger Tätigkeit im Bergbau bedingungslos erworben ist, entspricht einer alten Forderung der Bergarbeiter. - Abg. Jambusch (Zentr.) unterstützt den Wunsch des Bergmannes nach Schaffung eines einheitlichen Bergrechtes. Der vorliegende Entwurf liefert endlich das erforderliche Rahmengesetz, das aber auch Richtlinien für die Einzelheiten, namentlich für die Leistungen der Versicherung enthält. Den Knappheitsvereinen muß die Möglichkeit gegeben werden, das angesammelte Geld wertbeständig anzulegen, damit nicht wieder wie bisher Verluste eintreten können. Die Verleugung hat hier leider nicht gelöst werden können, sie bleibt einer besonderen Regelung vorbehalten, die allerdings dringend erforderlich ist. - Abg. Jambusch (Zentr.) beantragte, daß alle im Bergbau beschäftigten Arbeitnehmer in die Versicherung einbezogen sind. Der Ausschuss war darin einig, daß die Invaliden-, Pensions- und die Feuerungszulage zusammen bei 25jähriger Tätigkeit mindestens 40 Prozent des Durchschnittslohnes betragen müssen. Eine Erhöhung auf 50 Prozent wäre wünschenswert gewesen, aber die 40 Prozent bedeuten immerhin einen großen Fortschritt. - Abg. Kiegl (D.): Die Entwicklung unseres Bergbaues wird durch die außerordentliche Lage auf das Schwerste gehemmt. Der Entwurf macht Schluß mit der Freiheit der Knappheitsvereine und der innerhalb derselben bestehenden Sonder-einrichtungen. - Abg. Schwarzer (Bapt. Bp.): Das Gesetz bringt erhebliche Fortschritte in der Vereinheitlichung des Versicherungs-wesens der im Bergbau Beschäftigten.

Ein Smeets-Prozess vorm Staatsgerichtshof.

(W) Der Staatsgerichtshof hatte sich in dem diesmaligen Tagungsabschnitt zum ersten Male mit der rheinischen Separatistenbewegung zu befassen. In zweitägiger nichtöffentlicher Verhandlung hatten sich der Gemischthändler Förster und der Maurer Hans van Suintum, beide aus Oberhausen, wegen Beihilfe zum Hochverrat zu verantworten. Förster hat Vorbereitungen zum hochverräterischen Unternehmen von Smeets, wie der Bericht als erwiesen erachtete, unterstützt, und zwar durch Verbreitung der Zeitung „Rheinische Republik“, wenn auch nicht festgestellt wurde, daß er selbst die Zeile Smeets gewollt hat. van Suintum hat seinerseits die Tat Försters begünstigt. Das Urteil lautete gegen Förster wegen Beihilfe zum Hochverrat zu acht Monate Zuchthaus, die in ein Jahr Gefängnis umgewandelt wurde und 200 000 Mark Geldstrafe; gegen Suintum wegen Beginnigung auf fünf Monate Gefängnis unter Anrechnung von zwei Monaten Untersuchungshaft. Im Anschluß an die Verhandlung wurde der Zeuge Bernhard Jesselmann aus Oberhausen, der als Entlastungszeuge aufgetreten war, wegen des Verdachts der Spionage zugunsten Frankreichs verhaftet.

Die Delbrückschächte bleiben bei Deutschland.

Die Grenzkommission in Breslau hat Beschluß über die langumstrittenen Frage gefaßt, ob die Delbrückschächte Deutschland oder Polen zufallen sollen. Die Entscheidung ist zugunsten Deutschlands gefallen. Für Zuteilung an Deutschland außer dem deutschen Kommissar Major Gieseler, der englische und der holländische Kommissar. Die Grenzkommission hatte mehrfach ihrer Auffassung dahin Ausdruck gegeben, daß Deutschland mehr Anrecht auf Delbrückschächte habe als Polen, hat es aber der endgültigen Entscheidung noch für zu mächtig gehalten, das Gutachten eines neutralen Sachverständigen einzuholen. Dieses Gutachten hat von dem Professor an der Bergwerksschule in Madrid, Fabrega, erstattet worden ist, hat der Entscheidung zugrunde gelegen.

England will unbedingt eine Entscheidung.

(W) Reuter meldet: Unter dem Vorsitz von Baldwin wurde Mittwoch eine Kabinettsitzung zur weiteren Besprechung der Reparationsfrage abgehalten. Eine Erklärung über die britische Politik wird nicht vor der nächsten Woche erwartet. Die Ansicht herrscht vor, daß es unbedingt notwendig sei, eine Entscheidung zu erreichen, und daß alle Mittel angewandt werden müßten, um eine Uebereinstimmung zu erzielen, die eine Einigung auf den von den Alliierten verfolgten Richtlinien ermöglicht. In den alliierten Hauptstädten findet eine lebhaftere Tätigkeit statt. Da Frankreich die Frage des deutschen passiven Widerstandes zum wichtigsten Verhandlungspunkt gemacht habe, verfolge England, genau in Erfahrung zu bringen, was Frankreich unter einem Versuch, dem passiven Widerstand ein Ende zu machen, verstehe, und ob eine gemeinsame Politik geführt werden könne, die für beide Länder befriedigend wäre.

Japan und das deutsche Memorandum.

In Berliner japanischen diplomatischen Kreisen, die in ständiger Verbindung mit der Tokioer Regierung stehen, hat das deutsche Memorandum einen günstigen Eindruck hervorgerufen. Es wird als eine bedeutsame Verbesserung gegenüber der vom 2. Mai angesehen und man hofft stark, daß es als Basis für weitere Verhandlungen dienen möge. Dementsprechend ist auch die Stellung der japanischen Presse.

Die Mitarbeit der deutschen Wirtschaft.

Der Hauptausschuß des Deutschen Industrie- und Handelskammertages, der in Bremen tagte, billigte in einer Erklärung, daß die Reichsregierung in ihrem Memorandum vom 7. Juni sich nicht auf eine bestimmte Form der Leistungen und wirtschaftlichen Garantien festgelegt hat. Er erwartet Vorschläge der Reichsregierung, bevor sie Entscheidungen über die Durchführung der Garantieverpflichtungen im allgemeinen und der wirtschaftlichen in besonderen aufnimmt. Seine Mitarbeit stellt er zur Verfügung.

Die Lage im Ruhrgebiet.

Den Betrag, welchen die Franzosen in der Reichsbankstelle Dortmund beschlagnahmten, soll sich auf mehr als 50 Millionen belaufen. — Die Meldung von der Erschießung des Dr. Gölke bestätigt sich nicht.

In Reddinghausen und im Amtsbezirk Wanne ist die vergangene Nacht im allgemeinen ruhig verlaufen. — In Glinne ist der Belagerungszustand einschließlich der Verkehrssperre wieder aufgehoben worden. Gestern ist ein französischer Soldat durch Verletzung der Starkepromission getötet worden. Der zur Unfallsstelle gesandte, infolge Krankheit jedoch verhinderte Sanitätsrat Dr. Glühme ist von den Franzosen verhaftet worden. — In Kronenberg hat der französische Kommandant für die Beamten der Schutzpolizei die Gruppierung angeordnet. Zusammenhänge sollen mit der Ausweisung bestraft werden. — Eine Streife der Hagener Schutzpolizei wurde bei Vorhalle im unbefestigten Gebiet von französischen Soldaten beschossen, ohne daß irgend jemand verletzt wurde.

In Wanne haben die Franzosen einen Eisenbahnfahrplan für die Strecke Duisburg-Mengede über Wanne und Essen-Hauptbahnhof-Datteln ausgearbeitet. — In Herne haben die Franzosen öffentlich bekanntgemacht, daß sie, nachdem die deutschen Behörden ausgeschaltet seien, die Verantwortung für die Gütertransporte auf der Strecke Herne-Wanne-Gelsenkirchen-Bochum-Elberfeld übernehmen.

In Gelsenkirchen-Schacht Nord ist die Seche Konsolidation von den Franzosen besetzt worden. In Oberhausen sind nachts von bisher nicht ermittelten Tätern mehrere Sprengungen vorgenommen worden. Näheres ist noch nicht bekannt.

Wegen Mangels an Brennstoffen droht in den nächsten Tagen die Abstellung der Schiffe der Gelsenkirchener Bergwerks A. G. zum Erliegen zu kommen.

Für den Bahnhof Bochum hat der französische Kommandant zwei Befehle erlassen. Nach dem ersten müssen sämtliche Bäume und einzuführende Lokomotiven in Richtung der Bahnhofeinsparung gehalten, bis sie den Auftrag zur Weiterfahrt bekommen. Der Befehl gilt auch für Rangierbahnen innerhalb des Bahnhofes. Für die Ausführung des Befehls werden die Bahnhofsvorstände verantwortlich gemacht. Nach dem zweiten Befehl müssen sämtliche auf dem Güterbahnhof befindlichen Kohlen- und Privatwagen auf einem Kreis zusammengestellt werden und dürfen den Bahnhof nicht verlassen.

Von den Franzosen wurden verhaftet: In Wanne: der Eisenbahnbetriebsrat Heinrich, gestern der Eisenbahnbetriebsrat Fritz Prinzpeter und der Betriebsmeister Söder von der Seche unter Fritz, die aus Anlaß dieser Verhaftung in den Streik getreten ist. — In das Kaströper Militärgefängnis wurden eingewiesen: der 7.6. der Betriebsführer Strauß und der 7.6. der Arbeiter Lutz aus Wittenhausen wegen Waffenverstecken während der Unruhe in der Bergmanns-Veredlung und der Arbeiter Maß als Mitglieder des Selbstschutzes, in das Wittenberger Gefängnis wurde gebracht der Journalist Dr. Krieger aus Görde, der vor kurzem verhaftet war.

Aus Essen wird gemeldet: In Anbetracht der allgemeinen Lage war der Nachtverkehr zwischen dem besetzten und unbefestigten Gebiet für einige Tage (Autobus, Automobile, Motorräder und Fahrräder) verboten worden, während der Nachtverkehr für Fußgänger und Radfahrer unbehindert

blieb. Der Kommandierende General der Truppen bestimmte nun, daß das Verbot des Nachtverkehrs für Fußgänger und Radfahrer aufgehoben wird, wenn diese beladen sind.

Ein neues Codesurteil!

(W) Wie von französischer Seite mitgeteilt wird, ist der Ingenieur der Badischen Anilin- und Sodafabrik Goerges vom französischen Kriegsgericht in Mainz wegen angeblicher Sabotage zum Tode verurteilt worden.

Der Verurteilte wurde f. B. in dem Augenblick verhaftet, als er auf der Eisenbahnstrecke in der Nähe von Ludwigshafen Explosionen anzubringen versuchte, um eine Jugentzettelung herbeizuführen. In der gestrigen Verhandlung gestand der Angeklagte die ihm zur Last gelegte Tat ein. Sein Auftreten wird von den Pariser Blättern als auffallend würdevoll bezeichnet. Goerges protestierte gegen den Vorwurf der Feigheit, den ihm der Vertreter der Anklage machen wollte. Er versichert, daß er nur aus patriotischen Gründen gehandelt habe. Er habe schon seit längerer Zeit beabsichtigt, sich zu opfern.

36 Schupbeamtete verurteilt.

Das Wittenberger Kriegsgericht verurteilte gegen 36 Schupbeamtete, darunter einen Polizeileutnant und mehrere Wachmeister, die mit falschen Pässen den Versuch gemacht hatten, von Schwerte aus in das besetzte Gebiet einzureisen, um bei der Bekämpfung der Kommunistenunruhen in der Ruhr mitzuwirken. Die Angeklagten, die von Rechtsanwält Dr. Vogt, Dortmund, und von einem französischen Offizier als Offizialverteidiger verteidigt wurden, wurden zu je einem Jahre Gefängnis verurteilt.

Der Prozeß gegen das Betriebsratsmitglied Müller.

Wie Wolffs Büro berichtet, fand gestern vor dem französischen Kriegsgericht in Düsseldorf die Verhandlung gegen das Betriebsratsmitglied Müller aus Essen statt, der im Krupp-Prozeß wegen Störung der öffentlichen Ordnung zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden war. Der Angeklagte Müller erklärte zur Sache, er habe die Menge beruhigen wollen. Am 31. März, morgens, kam so führte Müller weiter aus, mein Kollege Schlüter zu mir und sagte mir, daß die Franzosen die Autobahn besetzt hätten. Ich begab mich an Ort und Stelle und ließ mich zum Offizier führen, um mich über den Zweck der Besetzung aufklären zu lassen, da ich als Betriebsrat über alle Vorgänge unterrichtet sein muß. Dann ging ich zu den Direktoren, die mich hatten zu sich rufen lassen, und teilte ihnen das Geschehene mit. Direktor Düng gab Befehl, nachdem er sich vorher mit allen Herren verständigt hatte, die Sirenen in Gang zu setzen. Darauf ging ich zur Autobahn zurück und sah ein französisches Automobil herankommen. Ich glaubte, daß es die Mitglieder der erwarteten Kommission seien. — Hierauf wurden die Aussagen eines französischen Soldaten verlesen, der unter dem Kommando des französischen Offiziers gestanden hat. Dann wurde der Entlassungsbeleg Sander vernommen, der aber nichts Neues zur Sache vorzubringen konnte.

Der französische Staatsanwalt beantragte die Verurteilung Müllers. Der Verteidiger Müllers, Rechtsanwalt Morand, führte aus, daß er nach reiflicher Überlegung zu der Überzeugung gekommen sei, daß sich Müller nicht strafbar gemacht habe. Er könne sich umsonst ein unparteiisches Urteil von dem Sachverhalt bilden, da er als neutraler Anwalt nicht beeinflusst sei. Das Gericht solle die Tatsachen einwandfrei würdigen, sich aber nicht an das Urteil halten, das frühere Gerichte bereits in der Sache gefällt hätten. Die früheren Urteile könnten in keiner Weise auf den Gang des Prozesses einwirken. Dem Angeklagten falle in keiner Weise eine Störung der öffentlichen Ordnung zur Last. Er habe den Befehl zum Hören der Sirenen nicht gegeben. Im übrigen sei dies im Industriegebiet bisher unbekannt gewesen, wenn die Besatzungstruppen industrielle Werke besetzten. Er wiederholte im wesentlichen dasselbe, was er bereits im Werdener Prozeß zugunsten des Angeklagten ausgesprochen hatte und beantragte die Freisprechung Müllers. Nach kurzer Beratung wurde die Strafe wegen Störung der öffentlichen Ordnung auf 7 Monate Gefängnis festgesetzt.

Die Beisehung Schlageters in Schöna.

Nachdem die sterblichen Überreste Schlageters in Schöna eingetroffen waren, fand vor dem Rathaus eine eindrucksvolle Trauerkundgebung statt. In der Trommelwehr und Glockengeläute wurde der mit der deutschen Kriegsfahne umhüllte Sarg von Kameraden des Erschlagenen aus dem Rathaus getragen und auf einem von der mit Tannen und Lorbeer geschmückten Rathausstiege errichteten Katafalk aufgestellt. Nach dem Abend „Es ist bestimmt in Gottes Hand“ hielt Bürgermeister Pfeiffer eine Ansprache, in der er ausführte, es gelte das Heldensignes der Stadt Schöna zu geben. Der Redner schilderte mit warmen Worten die große Vaterlandsliebe des Verstorbenen und die Treue, die ihm geblieben sei bis zum letzten Atemzuge. Seine Schwarzwaldheimat werde stets mit Stolz ihres edeln Sohnes gedenken. Weiter sprach der Führer der Kameradschaft aus Düsseldorf. Die Saat, die heute der Heimatlande übergeben werde, werde aufgehen und Frucht bringen in den Herzen des deutschen Volkes. Darauf wurde die Leiche von dem katholischen Stadtpfarrer eingesegnet. Dann sprachen noch ein Vertreter verschiedener Verbände. Eine überaus reiche Fülle von Kränzen wurde am offenen Grabe niedergelegt. Eine Engländerin ließ eine Kranzspende am Grab niederlegen, eine Dame aus Riga einen Kranz aus Rosen und Primeln, ein Däne ein Kranz mit der Aufschrift „Gut aus Aegypten“. Die aus Krügervereinen zu sammengesetzte Abordnung schloß den Ehrensalut. Mit einem Vorbe-

marß der Abordnungen, die ihre Fahnen vor dem offenen Grabe senkten, fand die Beier ihren Abschluß.

Verschiedene Meldungen.

Infolge Belagerung der Stadt Höchst, die offenen Bahnhöfe zu verlassen zu lassen und für das Gerangeln der Schranken zu sorgen, hat der französische Kreisdelegierte über die gesamte Gemeinde Höchst den verhängt. Dem Bürgermeister wurde angedroht, daß er vor ein Kriegsgericht gestellt werden würde.

In Hochheim am Main wurde wegen angeblicher Sabotage an der Eisenbahnstrecke Hochheim-Kassel, in der Nähe des Bahnhofes Hochheim, der Nachtverkehr von 8 1/2 bis 5 Uhr morgens verboten.

Deutscher Reichstag.

Präsident Lohse eröffnete die Mittwochsitzung mit der Mitteilung, daß von dem Beamtenbund der Freistadt Danzig dem dortigen Generalkonsulat 20 Millionen Mark als vorläufiger Betrag einer Sammlungs für die Ruhrhilfe überwiesen sei und daß der Bund daran die Beförderung zur Verfügung habe, daß er bereit sein werde, zur Linderung der Not der Stammeingewandten beizutragen. (Beifall.)

Zur Beratung stand die Vorlage betr. Erhöhung der Verbrauchssteuer. Die Geltungsdauer des bisherigen Weinsteuergesetzes soll bis zum 30. Juni 1924 verlängert werden. Die Mineralwassersteuer soll erhöht werden auf 10 Mark pro Liter bei Mineralwasser und 20 Mark bei Limonade. Bei der Verbrauchsteuer und Zündwarensteuer soll von der Mengensteuer zur Wertsteuer übergegangen werden, statt der festen Sätze sollen 50 Prozent des Steuerwertes erhoben werden. Taschentüchersteuer will man steuerfrei lassen, weil der Betrag ihrer Besteuerung bisher kaum die Einschlagungskosten aufgebracht hat. Die Salzsteuer soll erhöht werden auf 10 Mark pro Kilo, die Zuckersteuer auf 120 Mark pro Kilo, bei Stärkezucker und anderem Zucker auf 300 Mark. Die Regierung wird ermächtigt, mit Zustimmung des Reichsrats die Gesetze der Salz- und Zuckersteuer den Preissteigerungen anzupassen. Die Vorlagen gehen nach kurzer Debatte an den Ausschuss.

Nach den vom Ausschuss angenommenen Bestimmungen des Gesetzes können Personen, die dringend verdächtig sind, geschlechtskrank zu sein, durch besondere Gesundheitsbehörden angehalten werden, ein Gesundheitszeugnis vorzulegen oder sich der Untersuchung durch einen befähigten Arzt zu unterziehen. Wer als Geschlechtskranker wissenschaftlich andere Personen infiziert oder eine Ehe eingeht, ohne dem anderen Teil von seiner Krankheit Mitteilung zu machen, wird mit Gefängnis bis zu 3 Jahren bestraft; bei Geschlechtsverkehr mit Ehegatten oder verlobten tritt die Strafbefugnis nur auf Antrag ein. Strafen werden auch angedroht weiblichen Personen, die ein Geschlechtskrankes Kind stillen, denen, die ein syphilitisches Kind einer Amme übergeben oder in Pflege geben, ohne den Pflegeeltern von der Krankheit Mitteilung zu machen. Bordells oder bordellartige Betriebe fallen unter Schutzbestimmungen. Sittenpolizeiliche Kontrolle der Prostituierten wird durch die Ausschussvorlage beseitigt.

Minister Defer stellt mit Befriedigung die einstimmige Annahme der Vorlage im Ausschuss fest. Erschreckend sei die Zahl von einer Million Geschlechtskranken in Deutschland, von denen der vierte Teil aus Syphilitikern bestehe. Seit dem Weltkrieg hätten die Geschlechtskrankheiten auch auf dem Lande große Verbreitung gefunden. Bei dem gesetzgebenden Vorgehen gegen diese Volksverderber müsse das Recht der Allgemeinheit dem Recht der einzelnen Person vorgezogen werden. Die Reichsregierung werde mit den Bundesregierungen verhandeln, damit die Bestimmungen des Gesetzes möglichst bald in Kraft gesetzt werden können. — Abg. Stratzmann (Deutsch-natl.) bezeichnet die zunehmende Verbreitung der Geschlechtskrankheiten als eine Art Nemesis für die materialistische Lebensauffassung unserer Zeit mit ihrer Negierung des Familienlebens. — Abg. Dr. Luther (D. W.): In dieser für die Volksgesundheit entscheidenden Frage darf nur der Mann der Wissenschaft, der approbierte Arzt hinzugezogen werden. — Abg. Frau Lange-Brumann (D. W.): Das Gesetz läßt aber eine empfindliche Lücke, es sagt nichts darüber, was geschehen soll, wenn ein Geschlechtskranker der Pflicht, sich ärztlich behandeln zu lassen, nicht nachkommt. — Abg. Wulle (Deutsch-völk. Frh.-Partei) äußert verschiedene Bedenken gegen die Vorlage. Unentschieden sei vor a. am der gesetzliche Zwang zur Salvarsanbehandlung. Der Wert dieses Heilmittels sei sehr unbestimmt. — Abg. Dr. Lüders (D. W.): Die Salvarsanbehandlung kann nach der ausdrücklichen Regierungserklärung im Ausschuss nur mit Zustimmung der Patienten vorgenommen werden. — Abg. Heldmann (Komm.) weist die vom Abg. Stratzmann für die Zunahme der Geschlechtskrankheiten gegebene Erklärung zurück und macht den Weltkrieg für die furchtbare Verbreitung der Seuchen verantwortlich.

Die neue Besatzungsordnung für die Beamten wird sodann nach den Vorschlägen des Ausschusses in zweiter und dritter Lesung angenommen. — Ein sozialdemokratischer Antrag, der zugunsten der unteren Besatzungsgruppen die Stacheln ändern will, wird abgelehnt, ebenso ein ähnlicher Antrag der Kommunisten. — Abg. Dr. Luther (D. W.): In dieser für die Volksgesundheit entscheidenden Frage darf nur der Mann der Wissenschaft, der approbierte Arzt hinzugezogen werden. — Abg. Frau Lange-Brumann (D. W.): Das Gesetz läßt aber eine empfindliche Lücke, es sagt nichts darüber, was geschehen soll, wenn ein Geschlechtskranker der Pflicht, sich ärztlich behandeln zu lassen, nicht nachkommt. — Abg. Wulle (Deutsch-völk. Frh.-Partei) äußert verschiedene Bedenken gegen die Vorlage. Unentschieden sei vor a. am der gesetzliche Zwang zur Salvarsanbehandlung. Der Wert dieses Heilmittels sei sehr unbestimmt. — Abg. Dr. Lüders (D. W.): Die Salvarsanbehandlung kann nach der ausdrücklichen Regierungserklärung im Ausschuss nur mit Zustimmung der Patienten vorgenommen werden. — Abg. Heldmann (Komm.) weist die vom Abg. Stratzmann für die Zunahme der Geschlechtskrankheiten gegebene Erklärung zurück und macht den Weltkrieg für die furchtbare Verbreitung der Seuchen verantwortlich.

Die neue Besatzungsordnung für die Beamten wird sodann nach den Vorschlägen des Ausschusses in zweiter und dritter Lesung angenommen. — Ein sozialdemokratischer Antrag, der zugunsten der unteren Besatzungsgruppen die Stacheln ändern will, wird abgelehnt, ebenso ein ähnlicher Antrag der Kommunisten. — Abg. Dr. Luther (D. W.): In dieser für die Volksgesundheit entscheidenden Frage darf nur der Mann der Wissenschaft, der approbierte Arzt hinzugezogen werden. — Abg. Frau Lange-Brumann (D. W.): Das Gesetz läßt aber eine empfindliche Lücke, es sagt nichts darüber, was geschehen soll, wenn ein Geschlechtskranker der Pflicht, sich ärztlich behandeln zu lassen, nicht nachkommt. — Abg. Wulle (Deutsch-völk. Frh.-Partei) äußert verschiedene Bedenken gegen die Vorlage. Unentschieden sei vor a. am der gesetzliche Zwang zur Salvarsanbehandlung. Der Wert dieses Heilmittels sei sehr unbestimmt. — Abg. Dr. Lüders (D. W.): Die Salvarsanbehandlung kann nach der ausdrücklichen Regierungserklärung im Ausschuss nur mit Zustimmung der Patienten vorgenommen werden. — Abg. Heldmann (Komm.) weist die vom Abg. Stratzmann für die Zunahme der Geschlechtskrankheiten gegebene Erklärung zurück und macht den Weltkrieg für die furchtbare Verbreitung der Seuchen verantwortlich.

Die neue Besatzungsordnung für die Beamten wird sodann nach den Vorschlägen des Ausschusses in zweiter und dritter Lesung angenommen. — Ein sozialdemokratischer Antrag, der zugunsten der unteren Besatzungsgruppen die Stacheln ändern will, wird abgelehnt, ebenso ein ähnlicher Antrag der Kommunisten. — Abg. Dr. Luther (D. W.): In dieser für die Volksgesundheit entscheidenden Frage darf nur der Mann der Wissenschaft, der approbierte Arzt hinzugezogen werden. — Abg. Frau Lange-Brumann (D. W.): Das Gesetz läßt aber eine empfindliche Lücke, es sagt nichts darüber, was geschehen soll, wenn ein Geschlechtskranker der Pflicht, sich ärztlich behandeln zu lassen, nicht nachkommt. — Abg. Wulle (Deutsch-völk. Frh.-Partei) äußert verschiedene Bedenken gegen die Vorlage. Unentschieden sei vor a. am der gesetzliche Zwang zur Salvarsanbehandlung. Der Wert dieses Heilmittels sei sehr unbestimmt. — Abg. Dr. Lüders (D. W.): Die Salvarsanbehandlung kann nach der ausdrücklichen Regierungserklärung im Ausschuss nur mit Zustimmung der Patienten vorgenommen werden. — Abg. Heldmann (Komm.) weist die vom Abg. Stratzmann für die Zunahme der Geschlechtskrankheiten gegebene Erklärung zurück und macht den Weltkrieg für die furchtbare Verbreitung der Seuchen verantwortlich.

Die neue Besatzungsordnung für die Beamten wird sodann nach den Vorschlägen des Ausschusses in zweiter und dritter Lesung angenommen. — Ein sozialdemokratischer Antrag, der zugunsten der unteren Besatzungsgruppen die Stacheln ändern will, wird abgelehnt, ebenso ein ähnlicher Antrag der Kommunisten. — Abg. Dr. Luther (D. W.): In dieser für die Volksgesundheit entscheidenden Frage darf nur der Mann der Wissenschaft, der approbierte Arzt hinzugezogen werden. — Abg. Frau Lange-Brumann (D. W.): Das Gesetz läßt aber eine empfindliche Lücke, es sagt nichts darüber, was geschehen soll, wenn ein Geschlechtskranker der Pflicht, sich ärztlich behandeln zu lassen, nicht nachkommt. — Abg. Wulle (Deutsch-völk. Frh.-Partei) äußert verschiedene Bedenken gegen die Vorlage. Unentschieden sei vor a. am der gesetzliche Zwang zur Salvarsanbehandlung. Der Wert dieses Heilmittels sei sehr unbestimmt. — Abg. Dr. Lüders (D. W.): Die Salvarsanbehandlung kann nach der ausdrücklichen Regierungserklärung im Ausschuss nur mit Zustimmung der Patienten vorgenommen werden. — Abg. Heldmann (Komm.) weist die vom Abg. Stratzmann für die Zunahme der Geschlechtskrankheiten gegebene Erklärung zurück und macht den Weltkrieg für die furchtbare Verbreitung der Seuchen verantwortlich.

Die neue Besatzungsordnung für die Beamten wird sodann nach den Vorschlägen des Ausschusses in zweiter und dritter Lesung angenommen. — Ein sozialdemokratischer Antrag, der zugunsten der unteren Besatzungsgruppen die Stacheln ändern will, wird abgelehnt, ebenso ein ähnlicher Antrag der Kommunisten. — Abg. Dr. Luther (D. W.): In dieser für die Volksgesundheit entscheidenden Frage darf nur der Mann der Wissenschaft, der approbierte Arzt hinzugezogen werden. — Abg. Frau Lange-Brumann (D. W.): Das Gesetz läßt aber eine empfindliche Lücke, es sagt nichts darüber, was geschehen soll, wenn ein Geschlechtskranker der Pflicht, sich ärztlich behandeln zu lassen, nicht nachkommt. — Abg. Wulle (Deutsch-völk. Frh.-Partei) äußert verschiedene Bedenken gegen die Vorlage. Unentschieden sei vor a. am der gesetzliche Zwang zur Salvarsanbehandlung. Der Wert dieses Heilmittels sei sehr unbestimmt. — Abg. Dr. Lüders (D. W.): Die Salvarsanbehandlung kann nach der ausdrücklichen Regierungserklärung im Ausschuss nur mit Zustimmung der Patienten vorgenommen werden. — Abg. Heldmann (Komm.) weist die vom Abg. Stratzmann für die Zunahme der Geschlechtskrankheiten gegebene Erklärung zurück und macht den Weltkrieg für die furchtbare Verbreitung der Seuchen verantwortlich.

Die neue Besatzungsordnung für die Beamten wird sodann nach den Vorschlägen des Ausschusses in zweiter und dritter Lesung angenommen. — Ein sozialdemokratischer Antrag, der zugunsten der unteren Besatzungsgruppen die Stacheln ändern will, wird abgelehnt, ebenso ein ähnlicher Antrag der Kommunisten. — Abg. Dr. Luther (D. W.): In dieser für die Volksgesundheit entscheidenden Frage darf nur der Mann der Wissenschaft, der approbierte Arzt hinzugezogen werden. — Abg. Frau Lange-Brumann (D. W.): Das Gesetz läßt aber eine empfindliche Lücke, es sagt nichts darüber, was geschehen soll, wenn ein Geschlechtskranker der Pflicht, sich ärztlich behandeln zu lassen, nicht nachkommt. — Abg. Wulle (Deutsch-völk. Frh.-Partei) äußert verschiedene Bedenken gegen die Vorlage. Unentschieden sei vor a. am der gesetzliche Zwang zur Salvarsanbehandlung. Der Wert dieses Heilmittels sei sehr unbestimmt. — Abg. Dr. Lüders (D. W.): Die Salvarsanbehandlung kann nach der ausdrücklichen Regierungserklärung im Ausschuss nur mit Zustimmung der Patienten vorgenommen werden. — Abg. Heldmann (Komm.) weist die vom Abg. Stratzmann für die Zunahme der Geschlechtskrankheiten gegebene Erklärung zurück und macht den Weltkrieg für die furchtbare Verbreitung der Seuchen verantwortlich.

Die neue Besatzungsordnung für die Beamten wird sodann nach den Vorschlägen des Ausschusses in zweiter und dritter Lesung angenommen. — Ein sozialdemokratischer Antrag, der zugunsten der unteren Besatzungsgruppen die Stacheln ändern will, wird abgelehnt, ebenso ein ähnlicher Antrag der Kommunisten. — Abg. Dr. Luther (D. W.): In dieser für die Volksgesundheit entscheidenden Frage darf nur der Mann der Wissenschaft, der approbierte Arzt hinzugezogen werden. — Abg. Frau Lange-Brumann (D. W.): Das Gesetz läßt aber eine empfindliche Lücke, es sagt nichts darüber, was geschehen soll, wenn ein Geschlechtskranker der Pflicht, sich ärztlich behandeln zu lassen, nicht nachkommt. — Abg. Wulle (Deutsch-völk. Frh.-Partei) äußert verschiedene Bedenken gegen die Vorlage. Unentschieden sei vor a. am der gesetzliche Zwang zur Salvarsanbehandlung. Der Wert dieses Heilmittels sei sehr unbestimmt. — Abg. Dr. Lüders (D. W.): Die Salvarsanbehandlung kann nach der ausdrücklichen Regierungserklärung im Ausschuss nur mit Zustimmung der Patienten vorgenommen werden. — Abg. Heldmann (Komm.) weist die vom Abg. Stratzmann für die Zunahme der Geschlechtskrankheiten gegebene Erklärung zurück und macht den Weltkrieg für die furchtbare Verbreitung der Seuchen verantwortlich.

Die neue Besatzungsordnung für die Beamten wird sodann nach den Vorschlägen des Ausschusses in zweiter und dritter Lesung angenommen. — Ein sozialdemokratischer Antrag, der zugunsten der unteren Besatzungsgruppen die Stacheln ändern will, wird abgelehnt, ebenso ein ähnlicher Antrag der Kommunisten. — Abg. Dr. Luther (D. W.): In dieser für die Volksgesundheit entscheidenden Frage darf nur der Mann der Wissenschaft, der approbierte Arzt hinzugezogen werden. — Abg. Frau Lange-Brumann (D. W.): Das Gesetz läßt aber eine empfindliche Lücke, es sagt nichts darüber, was geschehen soll, wenn ein Geschlechtskranker der Pflicht, sich ärztlich behandeln zu lassen, nicht nachkommt. — Abg. Wulle (Deutsch-völk. Frh.-Partei) äußert verschiedene Bedenken gegen die Vorlage. Unentschieden sei vor a. am der gesetzliche Zwang zur Salvarsanbehandlung. Der Wert dieses Heilmittels sei sehr unbestimmt. — Abg. Dr. Lüders (D. W.): Die Salvarsanbehandlung kann nach der ausdrücklichen Regierungserklärung im Ausschuss nur mit Zustimmung der Patienten vorgenommen werden. — Abg. Heldmann (Komm.) weist die vom Abg. Stratzmann für die Zunahme der Geschlechtskrankheiten gegebene Erklärung zurück und macht den Weltkrieg für die furchtbare Verbreitung der Seuchen verantwortlich.

Die neue Besatzungsordnung für die Beamten wird sodann nach den Vorschlägen des Ausschusses in zweiter und dritter Lesung angenommen. — Ein sozialdemokratischer Antrag, der zugunsten der unteren Besatzungsgruppen die Stacheln ändern will, wird abgelehnt, ebenso ein ähnlicher Antrag der Kommunisten. — Abg. Dr. Luther (D. W.): In dieser für die Volksgesundheit entscheidenden Frage darf nur der Mann der Wissenschaft, der approbierte Arzt hinzugezogen werden. — Abg. Frau Lange-Brumann (D. W.): Das Gesetz läßt aber eine empfindliche Lücke, es sagt nichts darüber, was geschehen soll, wenn ein Geschlechtskranker der Pflicht, sich ärztlich behandeln zu lassen, nicht nachkommt. — Abg. Wulle (Deutsch-völk. Frh.-Partei) äußert verschiedene Bedenken gegen die Vorlage. Unentschieden sei vor a. am der gesetzliche Zwang zur Salvarsanbehandlung. Der Wert dieses Heilmittels sei sehr unbestimmt. — Abg. Dr. Lüders (D. W.): Die Salvarsanbehandlung kann nach der ausdrücklichen Regierungserklärung im Ausschuss nur mit Zustimmung der Patienten vorgenommen werden. — Abg. Heldmann (Komm.) weist die vom Abg. Stratzmann für die Zunahme der Geschlechtskrankheiten gegebene Erklärung zurück und macht den Weltkrieg für die furchtbare Verbreitung der Seuchen verantwortlich.

wird, zur Sicherung und Verwaltung der Provinzialverbände für die Dauer seiner licher Besetzung preussischer Landesstellen die Zuständigkeit des Provinziallandtages des Provinzialausschusses zu übertragen. — Die Vorlage betreffend die Neugestaltung der Betriebsverrichtungen des Kraftwerkes in Hamm gelangt in zweiter und dritter Beratung mit der Veränderung zur Annahme, daß statt 500 Millionen 26 Milliarden Mark zur Verfügung gestellt werden. Darauf steht das Haus die Beratung des Haushalts der allgemeinen Finanzverwaltung fort. — Finanzminister Dr. von Richter weist auf den verlorenen Krieg hin, der die trostlosen Finanzverhältnisse zur Folge gehabt hat. Man hat die finanziellen Verhältnisse so gestaltet, als ob der deutsche Einheitsstaat schon nahe wäre. Die Länder sind erhalten geblieben, die Finanzverhältnisse sind aber auf den Einheitsstaat zugeschnitten und darunter leiden die Länder. Die Länder haben aber das Recht, daß das Reich ihnen die finanzielle Grundlage gewährt. Wir brauchen eine organische Neuordnung des Verhältnisses zwischen Reich, Ländern und Gemeinden. Man kann nicht zurückgehen zu dem alten steuerlichen Dogma, die direkten Steuern den Bundesstaaten, die indirekten dem Reich zu übertragen. Ich glaube aber, daß es doch sehr gut möglich sein wird, daß die Einkommen- und Körperschaftsteuer der Länder überwiegen wird. Die Gewerbesteuer dem Staat vorzuenthalten, daran denken wir nicht. Wir müssen eine Steuererhebung haben, die die Leistungen der Leistungsfähigkeit anpaßt. Wer seine Steuern zu spät zahlt, zahlt sie mit entwertetem Gelde. Das ist ein so niedersammetendes Gefühl für viele Volksschichten, besonders für die Lohn- und Gehaltsempfänger, daß dort unbedingt Wandel geschaffen werden muß. Die Vorlage der Gemeinden ist groß. Nicht nur durch Darlehen müssen wir helfen, sondern durch Beschaffung neuer Steuerquellen. — Abg. Dr. Dr. (Wirtsch. P.): Was hier zur Finanzverwaltung gesagt worden ist, läßt sich fast durchweg als Maßnahme betrachten. Mit dem Gerede von den 10prozentigen Lohn- und Gehaltssteuern solle man doch endlich aufhören, es handelt sich ja dabei gar nicht um einen wirklichen Abzug, sondern die 10 Prozent sind von den Unternehmern und vom Staat in die Gehälter und Löhne vorweg entfallend. — Abg. Dr. von Winterfeldt (D. Natl.) trägt Bedenken gegen die wertbeständigen Anleihen vor.

Der Haushalt der allgemeinen Finanzverwaltung wird unter Ablehnung aller von der Linken beantragten Entschuldigungsanträge nach dem Ausschussvorschlag festgestellt. — Mittwochs: Haushalt der Güterverwaltung und des Finanzministeriums.

Die neuen Beamtengehälter. (TU) Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde die neue Ergänzung zum Besoldungsgesetz beraten. Angenommen wurde ein Antrag, wonach der Frauenausschlag nicht nur Witvern, sondern auch Witwen gewährt werden soll, wenn sie für den vollen Unterhalt versorgungsberechtigt sind. Im weiteren Verlauf der Sitzung wurden folgende Grundgehälter bestimmt:

Gruppe 1 324 = 432 000 M monatlich
" 2 357 = 476 000 M
" 3 390 = 520 000 M
" 4 437 = 582 000 M
" 5 494 = 658 000 M
" 6 557 = 743 000 M
" 7 636 = 848 000 M
" 8 730 = 975 000 M
" 9 838 = 1 118 000 M
" 10 963 = 1 284 000 M
" 11 1 115 = 1 487 000 M
" 12 1 303 = 1 737 000 M
" 13 1 560 = 2 080 000 M

Die Einzelgehälter haben folgende Höhe:

Gruppe 1 2 200 000 M
" 2 2 500 000 M
" 3 2 900 000 M
" 4 3 030 000 M
" 5 3 870 000 M
" 6 5 700 000 M
" 7 6 300 000 M

Die Ortszuschläge erfahren eine wesentliche Erhöhung. Sie betragen in der Gruppe A 72 = 180 000 M, B 60 = 150 000 M, C 52 = 130 000 M, D 44 = 110 000 M, E 38 = 90 000 M.

Die neuen Kohlenpreiserhöhungen. (W) Die Steigerung aller Preise, welche eine Erhöhung der Bergarbeiterlöhne notwendig machen, zwingen die Organe der Kohlenwirtschaft heute, neue Kohlenpreiserhöhungen zu beschließen. Diese betragen für Ruhrkohle durchschnittlich 82 174 Mark durchschnittlich, obersteilische durchschnittlich 74 991, niederteilische durchschnittlich 87 358, Sächsen durchschnittlich 103 176, Niederbayerische durchschnittlich 81 238, Niederbayerische-Varlunghausen durchschnittlich 85 830, Sächsen-Erzkohle durchschnittlich 109 936, rheinische Braunkohle (Rohkohle) 14 380 durchschnittlich, rheinische Braunkohle (Rohkohle) 50 631, mitteldeutsche Braunkohle (Rohkohle) durchschnittlich 15 843, mitteldeutsche Braunkohle durchschnittlich 51 752 Mark. Diese Erhöhungen stiegeln sich um die üblichen Steuersätze und um 500 Mark je Tonne abgesetzter Steinkohle für den Bau von Bergarbeiterheimstätten. Die Beschlässe erfolgten gegen eine Summe einzelner Arbeitnehmer der verbrauchenden Industrie. Die neuen Preise gelten ab 15. Juni. Die Preiserhöhungen halten sich an die Ausmaße der Kohlenpreiserhöhung. Für die mitteldeutschen Braunkohlenreviere sind die Erhöhungen geringer, als die Lohnsteigerungen. Der Preis für Ruhrkohle für die obersteilische Reviere wird auf 83 520 Mark erhöht.

Kleine Nachrichten. Aus Paris wird dem „Westfälischen Anzeiger“ gemeldet: Für Montag wurde die Entlassung des letzten kommunistischen Abgeordneten Höllers erwartet. Es verlautet jedoch, daß Höllers wegen der Zwischenfälle in Dortmund einwachen noch in Haft bleiben wird. Die Entlassung, die der Ministerrat in diesem Falle treffen sollte, wurde aufgeschoben.

Die neue Besatzungsordnung für die Beamten wird sodann nach den Vorschlägen des Ausschusses in zweiter und dritter Lesung angenommen. — Ein sozialdemokratischer Antrag, der zugunsten der unteren Besatzungsgruppen die Stacheln ändern will, wird abgelehnt, ebenso ein ähnlicher Antrag der Kommunisten. — Abg. Dr. Luther (D. W.): In dieser für die Volksgesundheit entscheidenden Frage darf nur der Mann der Wissenschaft, der approbierte Arzt hinzugezogen werden. — Abg. Frau Lange-Brumann (D. W.): Das Gesetz läßt aber eine empfindliche Lücke, es sagt nichts darüber, was geschehen soll, wenn ein Geschlechtskranker der Pflicht, sich ärztlich behandeln zu lassen, nicht nachkommt. — Abg. Wulle (Deutsch-völk. Frh.-Partei) äußert verschiedene Bedenken gegen die Vorlage. Unentschieden sei vor a. am der gesetzliche Zwang zur Salvarsanbehandlung. Der Wert dieses Heilmittels sei sehr unbestimmt. — Abg. Dr. Lüders (D. W.): Die Salvarsanbehandlung kann nach der ausdrücklichen Regierungserklärung im Ausschuss nur mit Zustimmung der Patienten vorgenommen werden. — Abg. Heldmann (Komm.) weist die vom Abg. Stratzmann für die Zunahme der Geschlechtskrankheiten gegebene Erklärung zurück und macht den Weltkrieg für die furchtbare Verbreitung der Seuchen verantwortlich.

Die neue Besatzungsordnung für die Beamten wird sodann nach den Vorschlägen des Ausschusses in zweiter und dritter Lesung angenommen. — Ein sozialdemokratischer Antrag, der zugunsten der unteren Besatzungsgruppen die Stacheln ändern will, wird abgelehnt, ebenso ein ähnlicher Antrag der Kommunisten. — Abg. Dr. Luther (D. W.): In dieser für die Volksgesundheit entscheidenden Frage darf nur der Mann der Wissenschaft, der approbierte Arzt hinzugezogen werden. — Abg. Frau Lange-Brumann (D. W.): Das Gesetz läßt aber eine empfindliche Lücke, es sagt nichts darüber, was geschehen soll, wenn ein Geschlechtskranker der Pflicht, sich ärztlich behandeln zu lassen, nicht nachkommt. — Abg. Wulle (Deutsch-völk. Frh.-Partei) äußert verschiedene Bedenken gegen die Vorlage. Unentschieden sei vor a. am der gesetzliche Zwang zur Salvarsanbehandlung. Der Wert dieses Heilmittels sei sehr unbestimmt. — Abg. Dr. Lüders (D. W.): Die Salvarsanbehandlung kann nach der ausdrücklichen Regierungserklärung im Ausschuss nur mit Zustimmung der Patienten vorgenommen werden. — Abg. Heldmann (Komm.) weist die vom Abg. Stratzmann für die Zunahme der Geschlechtskrankheiten gegebene Erklärung zurück und macht den Weltkrieg für die furchtbare Verbreitung der Seuchen verantwortlich.

Die neue Besatzungsordnung für die Beamten wird sodann nach den Vorschlägen des Ausschusses in zweiter und dritter Lesung angenommen. — Ein sozialdemokratischer Antrag, der zugunsten der unteren Besatzungsgruppen die Stacheln ändern will, wird abgelehnt, ebenso ein ähnlicher Antrag der Kommunisten. — Abg. Dr. Luther (D. W.): In dieser für die Volksgesundheit entscheidenden Frage darf nur der Mann der Wissenschaft, der approbierte Arzt hinzugezogen werden. — Abg. Frau Lange-Brumann (D. W.): Das Gesetz läßt aber eine empfindliche Lücke, es sagt nichts darüber, was geschehen soll, wenn ein Geschlechtskranker der Pflicht, sich ärztlich behandeln zu lassen, nicht nachkommt. — Abg. Wulle (Deutsch-völk. Frh.-Partei) äußert verschiedene Bedenken gegen die Vorlage. Unentschieden sei vor a. am der gesetzliche Zwang zur Salvarsanbehandlung. Der Wert dieses Heilmittels sei sehr unbestimmt. — Abg. Dr. Lüders (D. W.): Die Salvarsanbehandlung kann nach der ausdrücklichen Regierungserklärung im Ausschuss nur mit Zustimmung der Patienten vorgenommen werden. — Abg. Heldmann (Komm.) weist die vom Abg. Stratzmann für die Zunahme der Geschlechtskrankheiten gegebene Erklärung zurück und macht den Weltkrieg für die furchtbare Verbreitung der Seuchen verantwortlich.

Die neue Besatzungsordnung für die Beamten wird sodann nach den Vorschlägen des Ausschusses in zweiter und dritter Lesung angenommen. — Ein sozialdemokratischer Antrag, der zugunsten der unteren Besatzungsgruppen die Stacheln ändern will, wird abgelehnt, ebenso ein ähnlicher Antrag der Kommunisten. — Abg. Dr. Luther (D. W.): In dieser für die Volksgesundheit entscheidenden Frage darf nur der Mann der Wissenschaft, der approbierte Arzt hinzugezogen werden. — Abg. Frau Lange-Brumann (D. W.): Das Gesetz läßt aber eine empfindliche Lücke, es sagt nichts darüber, was geschehen soll, wenn ein Geschlechtskranker der Pflicht, sich ärztlich behandeln zu lassen, nicht nachkommt. — Abg. Wulle (Deutsch-völk. Frh.-Partei) äußert verschiedene Bedenken gegen die Vorlage. Unentschieden sei vor a. am der gesetzliche Zwang zur Salvarsanbehandlung. Der Wert dieses Heilmittels sei sehr unbestimmt. — Abg. Dr. Lüders (D. W.): Die Salvarsanbehandlung kann nach der ausdrücklichen Regierungserklärung im Ausschuss nur mit Zustimmung der Patienten vorgenommen werden. — Abg. Heldmann (Komm.) weist die vom Abg. Stratzmann für die Zunahme der Geschlechtskrankheiten gegebene Erklärung zurück und macht den Weltkrieg für die furchtbare Verbreitung der Seuchen verantwortlich.

Die neue Besatzungsordnung für die Beamten wird sodann nach den Vorschlägen des Ausschusses in zweiter und dritter Lesung angenommen. — Ein sozialdemokratischer Antrag, der zugunsten der unteren Besatzungsgruppen die Stacheln ändern will, wird abgelehnt, ebenso ein ähnlicher Antrag der Kommunisten. — Abg. Dr. Luther (D. W.): In dieser für die Volksgesundheit entscheidenden Frage darf nur der Mann der Wissenschaft, der approbierte Arzt hinzugezogen werden. — Abg. Frau Lange-Brumann (D. W.): Das Gesetz läßt aber eine empfindliche Lücke, es sagt nichts darüber, was geschehen soll, wenn ein Geschlechtskranker der Pflicht, sich ärztlich behandeln zu lassen, nicht nachkommt. — Abg. Wulle (Deutsch-völk. Frh.-Partei) äußert verschiedene Bedenken gegen die Vorlage. Unentschieden sei vor a. am der gesetzliche Zwang zur Salvarsanbehandlung. Der Wert dieses Heilmittels sei sehr unbestimmt. — Abg. Dr. Lüders (D. W.): Die Salvarsanbehandlung kann nach der ausdrücklichen Regierungserklärung im Ausschuss nur mit Zustimmung der Patienten vorgenommen werden. — Abg. Heldmann (Komm.) weist die vom Abg. Stratzmann für die Zunahme der Geschlechtskrankheiten gegebene Erklärung zurück und macht den Weltkrieg für die furchtbare Verbreitung der Seuchen verantwortlich.

Die neue Besatzungsordnung für die Beamten wird sodann nach den Vorschlägen des Ausschusses in zweiter und dritter Lesung angenommen. — Ein sozialdemokratischer Antrag, der zugunsten der unteren Besatzungsgruppen die Stacheln ändern will, wird abgelehnt, ebenso ein ähnlicher Antrag der Kommunisten. — Abg. Dr. Luther (D. W.): In dieser für die Volksgesundheit entscheidenden Frage darf nur der Mann der Wissenschaft, der approbierte Arzt hinzugezogen werden. — Abg. Frau Lange-Brumann (D. W.): Das Gesetz läßt aber eine empfindliche Lücke, es sagt nichts darüber, was geschehen soll, wenn ein Geschlechtskranker der Pflicht, sich ärztlich behandeln zu lassen, nicht nachkommt. — Abg. Wulle (Deutsch-völk. Frh.-Partei) äußert verschiedene Bedenken gegen die Vorlage. Unentschieden sei vor a. am der gesetzliche Zwang zur Salvarsanbehandlung. Der Wert dieses Heilmittels sei sehr unbestimmt. — Abg. Dr. Lüders (D. W.): Die Salvarsanbehandlung kann nach der ausdrücklichen Regierungserklärung im Ausschuss nur mit Zustimmung der Patienten vorgenommen werden. — Abg. Heldmann (Komm.) weist die vom Abg. Stratzmann für die Zunahme der Geschlechtskrankheiten gegebene Erklärung zurück und macht den Weltkrieg für die furchtbare Verbreitung der Seuchen verantwortlich.

Die neue Besatzungsordnung für die Beamten wird sodann nach den Vorschlägen des Ausschusses in zweiter und dritter Lesung angenommen. — Ein sozialdemokratischer Antrag, der zugunsten der unteren Besatzungsgruppen die Stacheln ändern will, wird abgelehnt, ebenso ein ähnlicher Antrag der Kommunisten. — Abg. Dr. Luther (D. W.): In dieser für die Volksgesundheit entscheidenden Frage darf nur der Mann der Wissenschaft, der approbierte Arzt hinzugezogen werden. — Abg. Frau Lange-Brumann (D. W.): Das Gesetz läßt aber eine empfindliche Lücke, es sagt nichts darüber, was geschehen soll, wenn ein Geschlechtskranker der Pflicht, sich ärztlich behandeln zu lassen, nicht nachkommt. — Abg. Wulle (Deutsch-völk. Frh.-Partei) äußert verschiedene Bedenken gegen die Vorlage. Unentschieden sei vor a. am der gesetzliche Zwang zur Salvarsanbehandlung. Der Wert dieses Heilmittels sei sehr unbestimmt. — Abg. Dr. Lüders (D. W.): Die Salvarsanbehandlung kann nach der ausdrücklichen Regierungserklärung im Ausschuss nur mit Zustimmung der Patienten vorgenommen werden. — Abg. Heldmann (Komm.) weist die vom Abg. Stratzmann für die Zunahme der Geschlechtskrankheiten gegebene Erklärung zurück und macht den Weltkrieg für die furchtbare Verbreitung der Seuchen verantwortlich.

Unterhaltungsbeilage der Kamener Zeitung.

Der Mann, der die Stadt plünderte

Roman von Sven Eberhard.
Copyright bei Georg Müller, München.
13. Fortsetzung.

Von der Straße aus sah der Detektiv, daß nicht in seinem Zimmer war. Er lächelte. Entweder ist meine Wirtin krank, überlegte er, oder der Chef der Kriminalpolizei hat mir etwas Neues zu erzählen. Oder ich habe ihm morgen etwas Neues zu sagen.

Die Wirtin öffnete ihm selbst die Tür. „Ach,“ rief sie aus, als sie ihn erblickte, „nun ist er fortgegangen!“

„Ist er fortgegangen?“
„Ja, er habe keine Zeit, noch länger zu warten,“ sagte er. Vor mehr als einer halben Stunde ist er gegangen.“

Krag zog ruhig den großen Ulster aus und hingte ihn an einen Haken im Korridor.

„Habe ich Ihnen nicht oft gesagt,“ erklärte er, „daß Sie nicht auf mich zu warten brauchen. Warten Sie, wieviel Uhr es ist, Frau Eberhard?“

„Ja, aber Holter, der Kriminalbeamter, ersagte mir, es sei etwas Wichtiges im Gange.“
„So, der Mann, der hier war, nannte sich Holter?“

„Ja,“ erwiderte die Wirtin zögernd. Sie wurde auf einmal blaß und verwirrt. Denn es fiel ihr ein, daß sie vielleicht wieder etwas verlegt gemacht hatte.

„Er kam von der Kriminalabteilung und sagte, er müsse Sie unbedingt sprechen.“

Krag riß die Tür zu seinem Arbeitszimmer auf und blieb auf der Schwelle stehen. Sein Blick schweifte forschend im Zimmer umher; so weit er sehen konnte, fehlte nichts.

Dann wandte er sich wieder der Wirtin zu. Er war vollkommen ruhig und nicht im geringsten aufgeregt. „Und da haben Sie ihn natürlich nicht eingelassen,“ sagte er, „denn Sie haben ja Anweisung von mir, es nicht zu tun, nicht wahr?“

„Ja, ja,“ — sie zupfte nervös an ihrer großen Schürze — „aber dann zeigte er mir die Polizeimarke. Und da mußte ich ja annehmen, daß —“

Krag lächelte: „Ich verstehe . . . und ich kann Ihnen erzählen, daß der Mann, der hier gewesen ist, gar nichts mit der Polizei zu tun hat.“

„Und die Marke, die Polizeimarke?“
„Die hat er gekostet.“

„Du großer Gott!“
„Gute Nacht,“ sagte Krag, sich in seinem Arbeitszimmer einschließend. Außerst unterfachte er alle Schubladen von Schubladen und Schränken. Sie waren völlig unbeschädigt.

Dann schloß er die Schubladen auf und untersuchte den Inhalt. Er hielt seine Sachen so gut in Ordnung, daß es ihm nicht schwer fiel festzustellen, daß die Sachen wirklich durchsucht worden waren. Aber soweit er sehen konnte, fehlte nichts. In einer der Schubladen lagen ein paar hundert Kronen in bar. Sie waren immer noch da. In einer anderen Schublade heuerte er zwei wertvolle Messer auf. Sie waren vorhanden. Er öffnete die Manatne. Die Manatne waren nach wie vor geladen. Nichts fehlte.

Krag ging an die Tür und — ob in der Gemächer seiner Wirtin hinein: „Wo kann man er hier?“

„Eine Stunde“ antwortete die erschrockene Stimme der Wirtin.

Nun berechnete Krag, daß der Besucher zu derselben Zeit gegangen sein mußte, als er selbst das Polsterhörn verließ.

Während ihm ein Gedanke. Er rief wieder: „War der Mann groß und blond?“

„Ja,“ erwiderte die Wirtin von innen.

„War er in Gesellschafts Kleidung.“ — „Ja.“

„Nein.“ — „Ja.“

Dann schloß Krag die Tür. Konnte noch an Zweifel bestehen? Der Mann, der ihm einen so geheimnisvollen Besuch abgestattet hatte, und der Mann, der in das Haus in der Rathhausstraße gegangen war, mußten ein und dieselbe Person sein.

IV.

„Um nächst morgen“ war es, daß Krag zunächst herabsteigend auf ein Lebenszeichen von Holter wartete. Sie hatten ihre Zusammenkunft schon auf 8 Uhr festgesetzt, aber Krag war nicht erschienen. Dagegen telefonierte seine Wirtin, der Herr Polizeichef müsse nicht ungeduldig werden. Krag werde im Laufe des Vormittags kommen.

Der Chef wurde immer unruhiger. Es wurde 10, 11, 12. Um 3 Uhr sollte ja die Konferenz im Hotel stattfinden. Endlich, gegen halb eins, kam Holter. Krag. Er trug einen Sportsack und war ruhig wie gewöhnlich.

„Wo haben Sie denn gesteckt?“ fragte der Polizeichef.

„Ich war spazieren,“ erwiderte Krag. „Nichts weiteres. Ist eine neue Meldung gekommen?“

„Nein, nichts über unsere Freunde von heute nacht.“

Der Polizeichef stieß sich nervös mit der Hand übers Gesicht. „Ach ja, diese Geschichte nimmt einen ordentlich mit. Es ist ja ein ärgersames Gerumtappen im Dunkeln. Wir wissen nichts, wir ahnen nichts. Hören Sie mal, lieber Krag, das Ganze kommt mir wie ein Spiel vor. Und wir beide machen uns bei Gott vor der ganzen Gesellschaft lächerlich. Wir wandern mit einer Wunde vor den Augen herum. Ich habe heute nacht kein Auge zugehen.“

„Ach auch nicht,“ erklärte Krag.

„Das sollt' ich meinen! Sie haben gelegen und gearbeitet, nicht wahr?“

„Nein, durchaus nicht.“

„Wie?“

„Ich bin spazierengegangen.“

„Die ganze Nacht?“

„Zuwohl.“

Krag bat um die Meldungen, die am Tage eingegangen waren, und das ganze Bündel wurde ihm gebracht. Es waren die gewöhnlichen nichtssagenden Berichte über Ueberrfälle, kleine Diebstähle und Unglücksfälle, Feuersbrünste usw. Aber Krag studierte alle Papiere mit auffallend starkem Interesse.

Der Polizeichef betrachtete ihn überrascht. „Was ist denn?“ rief er. „Glauben Sie, in den Sachen da etwas zu finden?“

Krag antwortete nicht. Er sah auf seine Uhr, dann sprang er auf: „Es ist Zeit. Wir wollen die Herren ja um 3 Uhr treffen. Ich habe draußen ein Auto, es wartet.“

Punkt 3 Uhr betraten die beiden Herren das Vestibül des Continental-Hotels. Der Polizeichef war hier eine bekannte Persönlichkeit; und sobald der Portier ihn bemerkte, sagte er, die Tür zum Aufzug öffnend: „Bitte schön, ich habe Anweisung, die Herren in eins der Separationskabinets zu führen.“

„Wer hat Ihnen diese Anweisung gegeben?“ fragte Krag.

„Der Herr, der Sie erwartet.“

„Ist er schon da?“

„Noch nicht.“

„Wohnt er im Hotel?“

„Nein.“

Der Portier brachte die beiden Herren ins zweite Stockwerk, wo die weitere Begleitung von einem rothaarigen Kellner übernommen wurde, der sie mit einer Verbeugung durch den Speisesaal in eins der Separationszimmer führte.

Der Rothaarige wartete an der Tür. „Wünschen die Herren etwas?“ fragte er. „Nein, danke.“ Der Rothaarige ging fort.

Als die beiden allein geblieben waren, sah der Polizeichef Krag an und lächelte.

„Wissen Sie was,“ sagte er, „das gehört

mit zum Allermerkwürdigsten, was ich je erlebt habe.“

Krag stand am Fenster und betrachtete mit sichtlichem Interesse das Treiben auf der Straße. Vor dem Hotel war ein Halteplatz, an dem vier Automobile warteten.

Krag drehte sich schnell zu dem Polizeichef um. „Nein,“ antwortete er, „das finde ich eigentlich nicht. Das Ganze scheint mir ziemlich klar zu sein. Es ist ein Spiel in einem Plan. Nichts anderes. Und indem wir an der Komödie teilnehmen, können wir mit in den Plan hineingezogen werden. Weiter nichts.“

„Ich habe den Verdacht,“ sagte der Polizeichef, „daß Sie die Nacht und den Vormittag doch gut benutzt haben. Ich glaube Ihnen nicht, daß Sie bloß spazierengegangen sind. Ich glaube, Sie waren an vielen Orten. Sie treten so sicher auf, wie . . .“

„Er hielt inne. „Wie?“ fragte Krag.

„Ja, wie ein Mann, der auf einmal ein paar Trümpfe in einem vorher sehr schlechten Spiel bekommen hat.“

Es klopfte. „Herein!“

(Fortsetzung folgt.)

Für die Brautmutter.

Modellanderei.

Ja, nicht wahr, heute staunt ihr Bräute, daß ihr trotz eurer wichtigen Persönlichkeit so sehr vernachlässigt werdet. Aber glaubt nur, für die Brautmutter gibt es oft ein ganz absonderliches Kopfzerbrechen: — „Was für ein Kleid trage ich?“ Und da möchte ich ihr nun helfen. Die jetzt drapierte Mode eignet sich ganz vortrefflich für diesen Zweck, gleichviel, ob die Trägerin von schlanker oder starker Figur ist. Es kann das starke Aussehen durch einen Schallragen ganz vortrefflich gemildert werden. Ich denke da z. B. an das Faber-Modell 1443. Die Girtelung, die jetzt beginnt, läuft bis zur anderen

Seite rückwärts herum und der vorn schlarzig auslaufende Kragen ist rückwärts vieredig geschnitten. Ein Hauptfordernis bei der Kleidung der Brautmutter ist, daß die strenge, würdige Note nie außer Acht gelassen wird. Schwarz oder gebildete Farben sind als am vortheilhaftesten zu wählen. Der Kragen hat stets lang zu sein. Und kann sich die Brautmutter nicht zu einem spitzen, dem allgemein für diesen Zweck üblichen Halsauschnitt entschließen, so soll sie den Ausschnitt so klein wie möglich arbeiten. Es dürfen an dem Kleid der Brautmutter nicht allzuviel Zipsungen sein. Die die Raffung haltende Blume ist in diesem Fall besser durch eine Stahl- oder Silberfahne zu ersetzen.

Sehr oft verwendet man für das Kleid einer Brautmutter Seiden- oder Spitzenstoff. Ich denke da an braune Seide und Goldspitze, oder schwarze Seide und schwarze Spitze. Sehr gut wirkt auch die Verbindung von schwarzer Seide und Metallspitze. Freye de Chine und weiche Seide ist dem lauten, knisternden Taft noch vorzuziehen.

Es wird mir sicher der Vorwurf gemacht, daß ich die Kleidung der Brautmutter als zu düster und trauerähnlich hinstellen möchte, was aber keineswegs der Fall ist. Es soll die Kleidung der Brautmutter nur der würdigen Feier entsprechen und im angenehmen Kontrast zu dem farbenfrohen, lustigen Bild der Brautjungferlein stehen. Es wirkt stets lächerlich, wenn an diesem Tage die Brautmutter jugendlich gekleidet gehen will und dadurch starke Effekte in Farbe, Schnittart und Kurzärmlichkeit zu diesem Zwecke wählt.

Anzeigen in dieser Zeitung haben stets Erfolg.

Schnadahüpfel.

„A menschenleeres Plagerl
Gibt's net in unsrer Zeit,
Und wenn's voll Born in d' Luft flagt —
Da san aa wieder Leut.“

Mün-Urnen.

Dienstmädchen (zum Nachbarmädchen): „Was — alle Tage trägst Du den Staub runter?“
— „Ja, wo soll ich ihn denn lassen?“
„Na, habt Ihr denn keine antiken Vasen oder so'n ähnliches Zeug?“

Schmelchelhaff.

Fräulein Altheim: „Der Herr da drüben hat mich den ganzen Abend so bewundernd angeschaut. Wer ist denn der Mann eigentlich?“
Fräulein Stigig: „Das ist der berühmte Archäologe Professor Gräber.“

Ein guter Herr.



„Hohann, hier haben Sie Geld, bringen Sie meinem Schwiegersohn bei, daß ich auf Besuch da bin und ihn überraschen möchte.“
— „Gewiß, gnädige Frau, ich werde es ihm so schonend wie möglich beibringen.“

Ein guter Mensch.

Herr (zu seinem Freund): „Du warst doch immer kerngesund, ich dachte Du fängst jetzt auch zu kränkeln an.“
— „Ja, weißt Du, der Doktor Schmidt ist seit zwanzig Jahren mein Freund, und da muß ich doch auch anstaltshalber mal krank werden.“

Vorellig.

Gast: „Kellner, bestellen Sie mir eine Portion Schinken, aber recht mager, ich esse dann wahrscheinlich noch eine.“
— Kellner: „Eine Portion Schinken, aber recht mager und klein.“

Ausrede.

Kunde: „Ihr Saatkuchsmittel hat aber verteuert wenig Erfolg bei mir gehabt!“
Fritzeur (achselzuckend): „Was wächst bei diesem kalten Wetter?“

Anderer Meinung.

„Herrjemine, wie die Jahre dahinsiegen!“ — „Sie haben wohl noch niemals auf die Verjährung von Schulden gewartet?“

Ein Stoiker.



Student: „Da bin ich selber neugierig, was der auf meiner Bude finden will.“

Nun weiß er's!



„Ach, Sie kommen wegen der Miete? Da hat Mama ganz vergessen mir herauszugeben.“
Wirt: „Woher weißt Du denn das?“
„Mama hat es mir gesagt — bei Frau Sie kommen wieder.“

Europas Zwerg- und Kleinstaaten.

Der Weltkrieg und die an allen Ecken und Enden in Europa nach seiner Beendigung aufstrebenden Revolutionen haben das Bild des politischen Europa vollkommen verändert. Nur wenige werden in der Lage sein, sämtliche Staaten Europas aufzählen zu können und Angaben über ihren Gebietsumfang zu machen. Einfache Zahlenangaben würden übrigens auch wenig nützen, sondern um sich ein Bild von der Bedeutung der einzelnen Staaten zu machen, muß man sie untereinander vergleichen. In sehr anschaulicher Weise tut dies Dr. Wilhelm M. Richter in der geographischen Monatschrift „Fetken und Bilder“. Er beginnt mit den politischen Kuriositäten unseres Erdteils. Neutral-Moresnet ist verschunden, es wurde Belgien einverleibt. Andere Zwergstaaten sind dagegen geblieben und haben sich durch all die Stürme, die Europa durchdrast, gerettet. So gibt es heute noch einen selbständigen Staat Andorra, ein Fürstentum Liechtenstein, San Marino und Monaco. Neu hinzugekommen sind zwei neue Sonderbarkeiten, das Memelgebiet und der Freistaat Danzig. Wenn es nach dem Wunsch der Entente gegangen wäre, wäre auch die Türkei in eine Linie mit diesen „Staaten“ getreten. Der Friedensvertrag von Sevres, den die Türkei allerdings ablehnte, sah eine selbständige Türkei vor, die aus der Stadt Konstantinopel ohne Umgebung bestehen sollte. Unter der Führung Kemal Paschas haben die Nationalisten allerdings es verstanden, von Ankara aus in erfolgreicher Weise gegen diese Verfallungsbefehle zu verfahren und wenn es nun zum Frieden zwischen der Entente und der Türkei kommt, wird die Türkei mindestens zu den mittelgroßen Staaten gerechnet werden müssen. Das wunderliche Spiel würde wohl ein Staatsrecht geworden sein, wenn es selbständig geblieben wäre. Danzig hat immerhin noch einen größeren ländlichen Umfang, jedoch nur etwa die Hälfte der Danziger in der Stadt selbst wohnen. In dem selbständigen Staat Memel verhält sich das Verhältnis von Stadtbevölkerung zur Gesamtbevölkerung wie 1:6, d. h. etwa so wie auch in anderen kleinen Staaten, z. B. wie in Anhalt.

Andorra, Liechtenstein, San Marino und Monaco zusammengekommen haben einen Flächenumfang, der etwas mehr als die Hälfte von Venedig beträgt. Die Einwohnerzahl dieser vier Staaten bildet etwa 1/10 des Memelgebietes oder etwas weniger als 1/100 des kleinen Portugal oder genau 2% des großen aber nur sehr dünn besiedelten Norwegens. Kann man die eben aufgeführten Staatenwesen als Zwergstaaten bezeichnen, so wird man Augsburg, Memel und Albanien als Kleinstaaten bezeichnen müssen. Augsburg besitzt rund 10% der Bevölkerung Norwegens. Seltener ist nur 1/10 von Bulgarien oder fast 1/100 von Großbritannien. Wählt man zur Abgrenzung des Begriffes Kleinstaat die obere Bevölkerungsgrenze von 1 Million Menschen, so muß Albanien dazu gezählt werden. Es ist zwar 10mal so groß wie Augsburg, hat aber nur 1/10 so viele Einwohner, was bei der Natur dieses Balkanlandes und jenes Eisenerzverarbeitenden Großherzogtums an der Grenze West- und Mitteleuropas ohne weiteres begreiflich ist. Albanien ist also ein Kleinstaat, dem sehr viel Raum zur Verfügung steht. Damit ist die Aufzählung der Zwerg- und Kleinstaaten Europas erschöpft. Auch die Schar der Mittelstaaten ist durch Neubildungen in der Nachkriegszeit stark vergrößert. So sind Jugoslawien und die Tschechoslowakei aus dem Reich der Erbfeinde hervorgegangen, Staaten, die während des Weltkrieges als Verbündete der Mittelmächte auftraten, während der russischen Revolution von ihrem Mutterlande gelöst haben. D.

Die Sathmarer Schwaben.

(D.M.) Eine frohe Pfingstbotschaft kommt aus Rumänien. Die Sathmarer Schwaben, die in einer Stärke von 30-40.000 Seelen an der äußersten Nordgrenze des neuen großrumänischen Staats siedeln, haben ihren Anschluß an die deutsch-schwäbische Volksgemeinschaft des Banats und damit an das organisierte Deutsch-Rumänien erklärt. Die Sathmarer Schwaben, die im Laufe des 18. Jahrhunderts hauptsächlich durch den Grafen Alexander Karolyi angelockt wurden, waren vielleicht von allen Schwaben des ehemaligen Ungarn am stärksten magyarisiert. Und wegen der räumlichen Entfernung von den übrigen deutschen Untertanen hat es auch mehr als 4 Jahre gedauert, bis die Verbindungsbrücken zu ihnen geschlagen wurden. Die „Schwäbische Volkspresse“ in Temeswar widmet diesem Ereignis einen besonderen Artikel, in dem es u. a. heißt: „Ihr seid nicht vorgeschoben an die äußerste Linie der Sprachgrenze, wo der Kampf immer am heftigsten entbrennt und der Einfluß des andern Volkes immer stärker sein muß als anderswo. Aus Württemberg sind eure Vorfahren vor zwei Jahrhunderten eingewandert und ihr seid Schwaben reiner Wälder, aber man hat euch ungarische Priester und Lehrer gesendet und bei der harten Feldarbeit, die alle eure Kräfte in Anspruch nahmen, wartet und kommt ihr nicht waschen genug sein, um der Lösung zu widerstehen. Und so geschah es, daß die Schwaben des Sathmarer Kreises sich ihren Brüdern im Banat immer mehr entfernten, daß sie die deutsche Sprache gegen die ungarische vertauschten und nach außen Ungarn geworden sind. Daß aber ihr Innerstes ferndeutsch blieb, das bezeugen die schmutzigen Dörfer und die blühenden Gärten, die nur deutsche Tüchtigkeit zu einem solchen Paradiese umgestaltet haben kann. Ihr harter Arm und ihr Herz blieben deutsch und nur ihr Mund redete ungarisch.“ Auch die lebendigen schwäbischen Zeitungen widmen mit Recht diesem hoch erfreulichen Ereignis ihre besondere Aufmerksamkeit. Bisher haben die Gemeinden Erdöd, Krasna-Welke, Scheinberg, Mezöföld und Mezöpetri ihren Anschluß erklärt.

Das deutsche Eigentum in der Türkei.

Die deutsch-türkische Handelskammer in Frankfurt am Main hat in verschiedenen Zeitungen eine Mitteilung über die Freigabe des deutschen Eigentums veröffentlicht. Die Veröffentlichung ist treffend und entspricht nicht den Tatsachen. Die in Kaufmann über das Schicksal des deutschen Eigentums in der Türkei zwischen den Verbänden und der Türkei vereinbarten Vertragsbestimmungen (Artikel 81)

lauten vielmehr folgendermaßen: In dem der Türkei auf Grund des gegenwärtigen Vertrags belassenen Gebiete verbleiben diejenigen Güter, Rechte und Interessen Deutschlands oder seiner Angehörigen, die vor Inkrafttreten des Vertrags von den verbündeten Mächten beschlagnahmt oder in Besitz genommen waren, so lange im Besitz der letzteren, bis diese sich mit Deutschland oder seinen Angehörigen darüber verständigt haben. Wenn diese Güter, Rechte und Interessen bereits liquidiert worden sind, so werden diese Liquidationen bestätigt. In dem von der Türkei kraft dieses Vertrags losgelassenen Gebieten (Palästina, Syrien, Mesopotamien) können die Regierungen, welche die Staatshoheit ausüben (Frankreich, England), innerhalb eines Jahres vom Inkrafttreten dieses Vertrags an gerechnet, die Güter, Interessen und Rechte Deutschlands oder seiner Angehörigen liquidieren. Der Erlös der Liquidationen, mögen diese schon erfolgt sein oder nicht, wird der Wiederherstellungskommission zugewiesen, wenn es sich um Staatsgut handelt, bei Privatgut wird er dem Eigentümer ausgezahlt.

Die Behandlung der Deutschen in belgischen Gefängnissen.

Aus dem Rheinland wird dem Volksbüro berichtet: Nach zuverlässiger Information entschied das Justizministerium in Brüssel, daß die deutschen Herren, die wegen politischer Verbrechen eine Strafe im Gefängnis in Belgien abtun, Straßenschilderung anlegen müssen. Von Brüssel aus wurde sogar die Gefängnisverwaltung in Brüssel schriftlich angewiesen, daß die Deutschen als gemeine Verbrecher zu behandeln seien. Die deutschen Herren werden mit Giftentleeren beschäftigt und dürfen nicht einmal während des täglichen Spazierganges auf dem Gefängnishof miteinander sprechen.

Die Kassationsverfahren sind nun im Falle Rußlands werden es nach der Entscheidung der Revision des Vertriebsministeriums des Müller stattfinden. Der formelle Kassationsantrag wurde gestellt. Die Verhandlung gegen Müller wird demnächst in Düsseldorf stattfinden.

Lenkt die Sowjetregierung ein?

(TU) „New York Herald“ berichtet aus Washington, daß zwei amerikanische Staatsmänner, die von einer Reise nach Rußland, wo sie Gäste der Sowjetregierung waren, nach New York zurückkehrten und aufsehenerregende Angaben über die Absichten der russischen Regierung machten. Die Sowjets wären bereit, zu behaupten die beiden Amerikaner, die von der kaiserlich-russischen Regierung ausgenommene Schuld von 232 Millionen Pfund Sterling zu bezahlen, um auf diese Weise von Amerika anerkannt zu werden. Nachricht gegenüber noch skeptisch, so fügt das den. In Amerika selbst verhält man sich dieser Blatt hinzu, da Amerika wiederholt zu verstehen gegeben habe, daß die Anerkennung der Schuld nicht eine der äußersten Bedingungen zur Anerkennung des Sowjetregimes sei, im Gegenteil haben man verlangt, daß die Sowjets wissen einzeln die Hauptpunkte ihrer Doktrin aufgeben müßten.

Die Geschichte der Stadt New York.

Schwohl von der (seit 1920) größten Stadt der Welt verhältnismäßig oft die Rede ist, wird doch von der Geschichte dieses Riesensteinhaufens nur wenig gesprochen, und viele wissen nicht einmal, woher denn eigentlich der Name New York stammt. Am 3. September 1609 war der denkwürdige Tag, da Henry Hudson (spr. Hüdön) die Insel Manhattan entdeckte. Drei Jahre später gründeten die Holländer die erste Niederlassung an der Südspitze jener Insel unter dem Namen Neumästerdam. Desgleichen begründeten sie das Fort Orange und benutzten sich des Landes, das sie Neuniederland oder Neubelgien nannten. Aber die Engländer nahmen im September 1664 die Kolonie in Besitz, indem sie sich auf ein Patent beriefen, durch das König Karl II. seinem Bruder, dem Herzog von York, ganz Neuniederland zugesprochen habe. Die Provinz erhielt nun gleich der Stadt zu Ehren den neuen Besitzers den Namen New York. Zur Zeit der Eroberung hatte Neumästerdam (New York) ungefähr 1500, im Jahre 1673 etwa 2500 Einwohner. Am 1. Januar 1920, also noch nicht ein hunderttausend Jahre später, zählte New York im Umkreis von 30 Kilometer vom Stadthaus gerechnet 7.820.676 Einwohner oder 44.508 Einwohner mehr als die bis dahin größte Weltstadt London auf dem gleichen Raume zählte. Im Frieden zu Westminister 1674 war New York förmlich an England abgetreten. Allseits Unruhe folgten. 1775 wurde New York von den Engländern eingenommen, die bis zum Frieden von 1783 im Besitz der Stadt blieben. Am 23. Juli 1788 nahm der Staat die Konstitution der Union an. Es liegt ein eigener Reiz in der Vorstellung, daß noch vor einem dreißigtausend Jahren dort, wo sich heute turmhoch Wolkenkratzer aufstrecken, Autos und Menschen durcheinanderjagen, in Miesenhallen aus Zement und Eisen Maschinenungeheuer stampfen und bröhlen, friedlich auf grüner Wiese die Kühe grasen und der Stier gefangenwacht aus seiner stillen Einsamkeit zu den Wölfen aufschaut.

Glückliche Rettung von Schiffbruch.

Der spanische Dampfer „Pacific Marball“ ist kürzlich an der Küste von Neufundland auf ein Eisfeld aufgefahren und gescheitert. Der Kapitän glaubte zuerst, daß er mit einem Eisblock zusammengefahren sei, doch erwies sich bald, daß das Schiff unrettbar verloren war. Der Zusammenstoß ereignete sich 4 Uhr nachmittags in dichtem Nebel, als die Fahrgäste bei dem Nachmittagsessen saßen. Die Rettung der Passagiere ging in musterhafter Ordnung vor sich. Zuerst wurden die 200 Fahrgäste und dann die 230 Mann der Besatzung in die Rettungsboote gebracht. Den Anfang machten die Frauen und Kinder, unter denen sich 20 Babys befanden. Das Schiff sank, als noch ein Teil der Fahrgäste an Bord war. Trotzdem brachte man noch alle in die Boote und fuhr sie an das Land, wo die Geringsten in einem armseligen Fischerdorf die erste Versorgung und Unterkunft fanden. Vom Land aus haben sie das Schiff vollständig vertilgt. 1845

Hätte sich der Zusammenstoß bei Nacht ereignet, so wären die Folgen wahrscheinlich unübersehbar gewesen.

Aus aller Welt.

— Diebstahl wertvoller Bücher. Aus der berühmten Bibliothek der Marienkirche in Halle a. d. Saale, in der Lutherhandschriften verwahrt werden, wurde der nur noch in einem Exemplar vorhandene im Jahre 1540 erschienene deutsche Katechismus Luthers gestohlen. Den Bemühungen der Kriminalpolizei gelang es, den Dieb in einem höheren Beamten einer Reichsbehörde festzustellen. Hausdurchsuchungen bei ihm und Verwandten des Diebes in Altenburg förderten noch 180 wertvolle Bücher, zum Teil Stücke, die Millionen wert sind, zutage. Der Betreffende ist durch Sammlerwerk zu diesen Diebstählen verleitet worden.

— Wird der sich aber freuen! Wie ein Hamburger Blatt berichtet, gebar in Bremerhaven eine junge Frau „in Abwesenheit ihres Mannes“ Vierlinge. Mutter und Kinder, zwei Jungen und zwei Mädchen, die die niedlichen Namen Didi, Gidi, Mini und Milli erhalten haben, befinden sich wohl. Der Herr Papa wird sich sicher außerordentlich freuen, wenn er nach seiner Heimkehr einen so ungewöhnlichen Familienzuwachs vorfinden wird.

— Ein wilder Jagdenosse in Norddeutschland. Im Drantenburger Forst wurde vor einigen Tagen ein Mann ohne Ausweispasspore erschossen aufgefunden. Wie Kriminalbeamte feststellten, handelt es sich um einen Eisenbahnarbeiter, der zusammen mit einem Schlosser wilderte. Bei dieser Gelegenheit wurde er von einem Hirschen angegriffen. Es besteht der dringende Verdacht, daß der Schlosser seinen Jagdenossen ein Stiel fortgeschleppt und dann durch einen Nachschuß getötet, seine Papiere, sein Gewehr und seine Sachen weggenommen und sich nicht weiter um ihn gekümmert hat. Der Schlosser wurde ebenfalls wie die Frau des Eisenbahnarbeiters, die der Vergewaltigung der Tat verdächtig ist, verhaftet.

— Der Fall einer wunderbaren Heilung wird aus der französischen Stadt Nancy be-

richtet. Dort war ein italienischer Zimmermann namens Umberto Guiso auf einem hohen Gerüst mit Arbeiten beschäftigt. Der Mann war taubstumm, seitdem er im Jahre 1907 im Kriege einen Nervenschuss infolge eines Granateneinschlusses erlitten hatte. Während er auf dem Gerüst hantierte, glitt er aus und stürzte in die Tiefe. Hunderte von Menschen sahen voll Schrecken dem Fall zu. Im letzten Augenblick ergriff der Italiener eine Stange des Gerüsts, und es gelang ihm, sich in dem Augenblick festzuhalten, als man glaubte, er werde auf dem Straßenpflaster aufschlagen und mit zerschmetterten Gliedern liegen bleiben. In dem Augenblick seiner glücklichen Rettung schrie der Mann plötzlich laut um Hilfe, und als seine Arbeitskameraden näherkamen und ihn zu Boden setzten, fanden sie, daß er so wohl das Gehör wie das Sprechen infolge des Todeschusses wiedergefunden hatte.

— Italienischer Frühling. Nicht nur in Deutschland läßt das Frühlingswetter sehr zu wünschen übrig, in Norditalien scheint es noch schlimmer zuzugelen. So wird aus Piemont gemeldet, daß dort in der letzten Zeit sehr viel Neuschnee gefallen ist. Heftige Hagelstürme sind über das Land hingegangen und haben die Obstbäume schwer beschädigt; die Temperatur ist winterlich. Auch aus Südrussland und Nord-Spanien werden ähnliche Wettererscheinungen gemeldet.

Dortmunder Schlachtviehmarkt.

Dortmund, 13. Juni. Aufgetrieben waren am Montag: 313 Stück Großvieh, 490 Kühe, 307 Schafe, 916 Schweine. Es kosteten: Ochsen: 1a. 630 000, 2a. 610 000—620 000, 3a. 570 000 bis 610 000, 4a. 520 000—570 000. Bullen: 1a. 620 000—630 000, 2a. 600 000—620 000, 3a. 540 000 bis 600 000. Ferkeln und Käbe: 1a. 630 000, 2a. 620 000—630 000, 3a. 580 000—620 000, 4a. 500 000—580 000, 5a. 400 000—500 000. Kühe: 1a. 620 000—630 000, 2a. 590 000—620 000, 3a. 530 000—590 000, 4a. 480 000—530 000. Schafe: 1a. 470 000—500 000, 2a. 350 000—470 000. Schweine: 1a. 760 000, 2a. 750 000—760 000, 3a. 730 000—750 000, 4a. 710 000—730 000, 5a. 650 000 bis 710 000. Marktverlauf: flott. In den Preisen sind enthalten die Unkosten an Fracht, Viehsteuern, Umfrachter, Händlergewinn.

Zwei tüchtige Gehilfen

1844
Frau Schiemann,
Schneiderin,
Hafen-Karl.

Tüchtige Hausfrau

1829
für sofort gesucht.
Zu erfragen in der Geschl.
der Kamener Zeitung.

Ein frohgelber Affenpinscher

1810
auf den Namen Wubi hörend
abhanden gekommen.
N. Möllenbrink,
Werne, Bez. Münster.

Die junge Dame, blond,
heller Mantel, aus Web-
dinghofen, Montag nach-
mittag 1/4 Uhr mit dem
Zuge von Witten kom-
mend, wird von dem
Herrn aus Essen, der sie
in Ramen ein Stück Wegs
begleitete, herzlichst um
Lebenszeichen gebeten unt.
Nr. 1844 an die Kame-
ner Zeitung. 1844

Für die uns beim Hinscheiden unseres
lieben Entschlafenen erwiesene Teilnahme
sagen wir allen, besonders den beteiligten
Vereinen und Herrn Pastor Gerlach für die
tröstlichen Worte am Grabe unsern
tieffgefühlten Dank.
Frau Wwe. Schneider
nebst Angehörigen.
Westick, im Juni 1923. 1839

Grasverkauf
Oberaden.
Montag, den 18. ds.
Mts., abends 6 Uhr, wird
das Gras in der Papenwiese
des Herrn Schulze-Welmede
meistbietend gegen bar und
Kredit verkauft.
1843
Heil. Brüggemann.
Gut erhaltener
Herd
1a. Friedensmaterial, zu ver-
kaufen. 1847
Werne, Wiltstraße 97.
Ein gut erhaltenes
Herrenfahrrad
zu verkaufen. 1842
Bergkamen,
Wilhelmstraße 2.

Junger Mann kann
Rost u. Logis
erhalten. 1840
Näheres in der Geschäftsst.
der Kamener Zeitung.
Junges Ehepaar sucht
zwei möbl. Zimmer
mit Kochgelegenheit zum 1. Juli
oder später, am liebsten auf
dem Lande.
Angebote unter Nr. 1823 an
die Kamener Zeitung.

Visitenkarten
in jeder Ausführung
liest schnell und preiswert
Kamener Zeitung,
Weststrasse 10.

Bilanz-Konto am 31. Dezember 1922.			
Aktiva		Passiva	
Kassenbestand	199420.—	Geschäftsteil-Konto	
Guthaben		a) Guthaben der verbleib. Mitglieder	78795.—
auf Reichsbk.-Giro-Konto 325044.—		b) Guthaben der ausscheidenden Mitglieder	1800.—
auf Postscheck-Konto	224442.—	Reserven	
Wechselbestand incl. Scheckwechsel	2773160	a) gesetzliche Reserva	12800.—
Guthaben bei der Westf. Gen.-Bank		b) außerordentl.	13417.—
a) auf Anteil-Konto	15000.—	c) Hilfsfonds	6000.—
b) in laufender Rechnung	15000	Spareinlagen	
Guthaben bei anderen Banken und Sparkassen	14425396	a) mit 3 monatl. Kündig. 313761.—	
Forderungen in laufender Rechnung	9941	b)	195000.—
im Scheck-Konto	9698000	Schulden in laufender Rechnung	
Mobilien-Konto	2433.—	im Scheck-Konto	25902233
Abschreibung	432.—	bei der Westf. Gen.-Bank	889754
		Vorausgehende Wechselzinsen	18075
		Reingewinn	31388
Sa. 29468003		Sa. 29468003	
Gesamtumsatz Mk. 835 000 000.—		Mitgliederzahl 238.	Dividende 5%.

Gewerbe-Bank
Angetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung
Heinr. Frieling, Rud. Köhling, Hugo Müller.